

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Susan Stewart



**Sprachenpolitik als
Sicherheitsproblem in der Ukraine**

April 2000

Untersuchungen des FKKS 24/2000

Konflikt
K
Kooperation

Die »Untersuchungen des FKKS« werden herausgegeben vom
Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

ISSN 0947-1359

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS)
Universität Mannheim
Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: 0621 181-2088
Fax: 0621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de/fkks

Inhalt

Kurzfassung	3
1. Einleitung	4
2. Zum Zusammenhang von Sprachen- und Sicherheitsfragen	6
3. Inhalte und Wurzeln des Sprachenstreits	8
3.1 Historische Hintergründe der Sprachenfrage	9
3.2 Die ukrainische Sprachpolitik	10
3.3 Der Sprachgebrauch in der Gesellschaft	11
4. Sprache als Faktor staatlicher Sicherheit: Positionen der ukrainophonen Elite	14
4.1 Der Zusammenhang zwischen Sprache, Nation und Staat	15
4.2 Ukrainophone Reaktionen auf regionale Aufwertungsversuche der russischen Sprache	18
4.3 Die Entwicklung der russischen Kultur als perzipierte Bedrohung	20
5. Sprache als Faktor kultureller Sicherheit: Positionen der russophonen Elite	21
5.1 Die Komplementarität der russischen und der ukrainischen Sprache und Kultur	22
5.2 Die russische Sprache im Bildungsbereich und in den Medien	24
5.3 Das Verhältnis der russischsprachigen Elite zur Rußländischen Föderation	25
6. Die Rolle der ukrainischen Regierung im Sprachenstreit	26
7. Die Bedeutung der Sprachenfrage im gesellschaftlichen Kontext	28
8. Schlußwort	31

Kurzfassung

Der Aufsatz geht zwei Strängen des Diskurses zum Thema Sprache in der Ukraine nach und versucht zu erklären, weshalb die Sprachenfrage einerseits immer wieder Argwohn hervorruft und keine Einigung darüber erzielt worden ist, während andererseits die Spannungen, welche die Sprachensituation generiert hat, bislang nicht zu ernsthaften politischen oder gesellschaftlichen Spaltungen geführt haben. Die Analyse geht von der Existenz zweier Elitendiskurse aus, die einen jeweils unterschiedlichen Aspekt des Sprachgebrauchs akzentuieren. Nach einer Untersuchung dieser Diskurse wird sowohl nach der Rolle der ukrainischen Regierung im Sprachenstreit als auch nach dem Verhältnis zur Sprache in der Gesellschaft gefragt.

Bei einer Analyse des jeweiligen Diskurses wird deutlich, daß die Ukrainophonen die Verbindung zwischen Sprachgebrauch und staatlicher Sicherheit betonen, während die Russischsprachigen dies ablehnen bzw. ignorieren und stattdessen die Bedeutung der Sprache für ihre kollektive kulturelle Entwicklung hervorheben. Die Haltung der ukrainischen kulturellen Elite stellt über die Verbindung von Sprache und Nation einen Zusammenhang zwischen Sprache und der Existenz des Staates her, der durch ukrainophone Reaktionen auf regionale Aufwertungsversuche des Russischen deutlich wird. Die Entwicklung der russischen Kultur (die eine sprachliche Komponente enthält) wird daher als Bedrohung wahrgenommen. Die Russischsprachigen versuchen andererseits, die parallele Koexistenz der russischen und der ukrainischen Sprache und Kultur darzulegen, um einen besonderen Status des Russischen bzw. seinen fortgesetzten Gebrauch im Bildungsbereich und in den Medien zu rechtfertigen. Eine Analyse des Verhältnisses der russischsprachigen Elite zur Rußländischen Föderation ergibt, daß die russischsprachige kulturelle Elite der Ukraine von der mangelnden Unterstützung Rußlands enttäuscht ist und die eigene Zukunft als Staatsangehörige der Ukraine sieht. Hinter den zwei Diskursen stehen die gegensätzlichen Ziele der beiden Gruppen (ein schneller Übergang zum Ukrainischen in allen öffentlichen Bereichen bzw. die rechtliche Verankerung des de facto existierenden sprachlichen Status quo), die die Entwicklung eines konstruktiven Dialogs behindern.

Die Regierung nimmt eine Position zwischen den ukrainisch- und russischsprachigen Gruppen ein. Obwohl mehr von den ukrainophonen Aktivisten als von ihren russischsprachigen Pendanten beeinflusst, zeigt sie relativ viel Toleranz bzw. Gleichgültigkeit gegenüber den kulturellen Bestrebungen der russischsprachigen Kreise und versucht, Sprachenfragen zu umgehen bzw. nur gelegentlich auf konkrete Forderungen der ukrainischsprachigen Organisationen nach beschleunigten Ukrainisierungsmaßnahmen zu reagieren. Insofern hat die Regierung nicht zur Entstehung eines konstruktiven Dialoges zwischen den ukrainischsprachigen Aktivisten und ihren russophonen Pendanten beigetragen.

Eine Untersuchung von Umfrageergebnissen macht klar, daß, obwohl die Unterstützung für Russisch als zweite Staatssprache im Osten hoch ist, Sprachenfragen einen relativ niedrigen Platz unter den gesellschaftlichen Prioritäten einnehmen. Unter den Gründen für die Diskrepanz zwischen den Einstellungen der intellektuellen Elite und denen der Massenbevölkerung sind zum einen die berufliche Abhängigkeit der kleinen kulturellen Eliten von der Sprache, zum zweiten die Nähe der ukrainischen und russischen Sprachen, die in fast allen Fällen ein gegenseitiges Verständnis auf der alltäglichen kommunikativen Ebene ermöglicht, und zum dritten die Tatsache, daß die meisten Leute in einer sprachlich einheitlichen Region leben, während die Eliten aus verschiedenen Regionen in Kiev oft aufeinanderprallen. Wenig deutet auf einen schnellen Kompromiß zwischen den beiden Eliten hin, die sich mit Sprachenfragen beschäftigen. Dennoch wird die gesellschaftliche Reaktion auf die sprachliche Lage in der Ukraine vermutlich weiterhin mild ausfallen.

1. Einleitung

Die „Volksfronten“, die Ende der 1980er Jahre in verschiedenen Sowjetrepubliken entstanden sind, haben in der Regel anfänglich nationalitätsübergreifende Forderungen gestellt, wie z.B. im Umweltbereich. Dennoch gewannen bei diesen Bewegungen nationale Fragen binnen kurzer Zeit die Oberhand. Diese Fragen, unter ihnen diejenige bezüglich des Gebrauchs der jeweiligen Sprache der Titulnation, besaßen einen gruppenstiftenden Charakter und trugen zuerst zur Erlangung von Souveränität und danach Unabhängigkeit wesentlich bei. Die Betonung des Sprachbereichs führte dazu, daß 1989 in fast allen Sowjetrepubliken Sprachengesetze verabschiedet wurden, die die jeweilige Sprache der Titulnation zur Staatssprache aufwerteten. Die Rolle des Russischen fiel dabei unterschiedlich aus, blieb aber de facto in den ersten Jahren der Unabhängigkeit in fast allen Staaten wesentlich. Mit der Zeit gestaltete sich der Übergang zur Nationalsprache unterschiedlich, z.B. in den baltischen Staaten vollzog er sich schneller, in Mittelasien etwas langsamer. Dennoch ist dieser Prozeß auch im Baltikum längst noch nicht abgeschlossen, wie u.a. die Debatte um das neue lettische Sprachengesetz zeigt.¹

Auch in der Ukraine wird der Übergang zum Ukrainischen in einigen Bereichen und Regionen von bestimmten Bevölkerungsteilen als schmerzhaft empfunden. Es scheint aus zwei Gründen angebracht, die heutige Sprachensituation in der Ukraine näher zu betrachten. Erstens war der 1. Januar 2000 der 10. Jahrestag des Inkrafttretens des ukrainischen Sprachengesetzes, das vorsah, daß der Übergang zur ukrainischen Sprache im offiziellen Bereich innerhalb eines Jahrzehnts abgeschlossen sein sollte. Zweitens ist am 15. November 1999 die erste Amtszeit des Präsidenten Leonid Kuèma zu Ende gegangen, der mit dem Versprechen angetreten war, der russischen Sprache einen offiziellen Status zu verleihen. Dieses Versprechen wurde jedoch nicht eingehalten. Obwohl dies in einigen kleinen Kreisen als Grund dafür diente, Kuèma die Unterstützung zu versagen, hat das Sprachenthema bei den diesjährigen Wahlen keine große Rolle gespielt, und Kuèma wurde ein zweites Mal mit überzeugender Mehrheit wiedergewählt.² Zeugt das von der Überwindung der Phase, in der Sprachenfragen aktuell waren?

Dieser Aufsatz geht zwei Strängen des Diskurses zum Thema Sprache in der Ukraine nach und versucht zu erklären, wieso die Sprachenfrage einerseits immer wieder Argwohn hervorruft und keine Einigung darüber erzielt worden ist, während andererseits die Spannungen, die die Sprachensituation generiert hat, bislang nicht zu ernsthaften politischen oder gesellschaftlichen Spaltungen geführt haben. Unmittelbarer Anlaß für diese Arbeit war die Feststellung der Existenz zweier verschiedener Diskurse bezüglich der Sprachenfrage in der Ukraine. Erstens belegen Aussagen ukrainischsprachiger Politiker und Sprachaktivisten, daß diese eine Verbindung zwischen Sprachregelungen und staatlicher Sicherheit v.a. in bezug auf die Ostukraine sehen. Die russischsprachigen Aktivisten betonen hingegen die Verbindung zwischen der Entwicklung ihrer Kultur(en)³ und dem Sprachbereich. Meine

¹ Vgl. Minority Electronic Resources (MINELRES), <http://www.riga.lv/minelres/archive.htm>, insbesondere Juli 1999.

² Allerdings wurde insbesondere der Wahlkampf sowohl innerhalb der Ukraine als auch von internationalen Beobachtern als unfair bezeichnet. Es wurde vielfach und überzeugend behauptet, daß Kuèma seine Position als Präsident dazu benutzt habe, um sowohl Behörden als auch die Medien zu zwingen, seine Wiederwahl zu unterstützen. S. u.a. Gorchinskaya, Katya: Observers Claim Second-Round Voting Rife With Violations, in: Kyiv Post, 18 November 1999, zitiert in: The Ukraine List 66 (compiled by Dominique Arel), 30 November 1999.

³ Der Plural ist hier unter Umständen angebracht, weil die Russophonen in der Ukraine nicht nur die allgemeine

These ist, daß letztere mit ihrer Rhetorik und ihren Aktivitäten versuchen, einen Teil ihrer „kulturellen Sicherheit“ zu garantieren, wobei Kultur als ein Bereich verstanden wird, der sich mit der sprachlichen Sphäre teilweise überlappt. Durch die Gegenüberstellung der Bereiche der staatlichen und der kulturellen Sicherheit soll es ermöglicht werden, sowohl den ukrainophonen als auch den russophonen Diskurs zu verstehen. Dieses Verständnis soll uns wiederum zu einer Erklärung verhelfen, weshalb der Dialog zwischen den zwei kleinen intellektuellen Eliten immer wieder ins Stocken gerät. Ein Dialog zwischen beiden Gruppen könnte das Diskussionsniveau anfänglich verschärfen. Dennoch ist ein solcher Dialog Voraussetzung für einen expliziten Kompromiß in der Sprachenfrage, der ein Zeichen der Fähigkeit wäre, Zugeständnisse an die jeweilige andere Seite zu machen. Eine solche Flexibilität ist äußerst wichtig für die Zukunft der Entscheidungsprozesse in der Ukraine, die mit der Entwicklung eines demokratischen Regimes verbunden sind.⁴

Auch wenn es gelingt, eine Erklärung für die Abwesenheit eines konstruktiven Dialogs zu finden, erläutert sie nur einen Teil der sprachlichen Situation in der Ukraine, da die Eliten, von denen im folgenden die Rede sein wird, den sprachlichen nur Alltag relativ wenig beeinflussen. Deswegen wende ich mich in einem weiteren Abschnitt der Frage zu, weshalb es trotz des konfliktträchtigen Elitendiskurses in der Ukraine verhältnismäßig ruhig geblieben ist, während in anderen Fällen (Lettland, Moldawien) die sprachliche Situation zur Entstehung von heftigen Konflikten beigetragen hat. Um diese Frage zu beantworten, werden Umfrageergebnisse herangezogen und verglichen werden, die etwas über die allgemeine bzw. regionale Stimmung in der Bevölkerung aussagen. Eine Reihe von anderen Faktoren, wie die sprachliche Nähe des Ukrainischen zum Russischen und der Einfluß regionaler Unterschiede werden ebenfalls in Betracht gezogen.

Sprachenfragen haben sowohl in der westlichen als auch in der ukrainischen bzw. russischen Sozialwissenschaft viel Aufmerksamkeit hervorgerufen.⁵ Die vorhandenen Aufsätze beschreiben die Komplexität der sprachlichen Situation in der Ukraine, aber oft ohne eine klare Fragestellung zu entwickeln. Insbesondere erklärungsbedürftig ist die Tatsache, daß die ursprünglichen Prognosen über den potentiell explosiven Charakter der Sprachenfrage sich nicht bestätigt haben.⁶ Hier wird vorgeschlagen, daß eine Antwort auf die erste Untersuchungsfrage (sich fortsetzende Konfliktträchtigkeit auf der Elitenebene) durch die Anwendung eines ausgedehnten Sicherheitskonzeptes auf den Sprachendiskurs in der Ukraine gefunden werden kann. Die Vorgehensweise der Autorin unterscheidet sich von der der erwähnten Aufsätze insofern, als v.a. auf die Diskursebene und nicht z.B. auf Daten zum Ukrainisierungsgrad eingegangen wird.⁷ Diese Daten werden in vielen Aufsätzen zitiert, sind

russische Kultur verteidigen möchten, sondern auch ihre eigene Variante, die nur in der Ukraine existiere.

⁴ Die Abwesenheit einer solchen Fähigkeit auf höchster politischer Ebene und ihre Folgen für die politische und wirtschaftliche Entwicklung wurden neulich vom gespaltenen, im Machtkampf begriffenen ukrainischen Parlament reichlich vorgeführt. S. Das ukrainische Parlament gespalten, in: Neue Zürcher Zeitung, 4.2.2000, Internet-Version (<http://www.nzz.ch>).

⁵ Vgl. Arel, Dominique: Language Politics in Independent Ukraine: Towards One or Two State Languages? In: Nationalities Papers 23/3, 1995, S. 597-622; Aza, Larysa: Ridna mova. Z oboèny na bol'sak, in: Vièe, 11/1995, S. 120-126; Gorodjanenko, V.G.: Jazykovaja situacija na Ukraine, in: SOCIS, No. 9, 1996, 107-113; Kuzio, Taras: Ukraine: State and nation building, London and New York, 1998; Pickurel, Jennifer, Some Remarks on the Current Language Situation in Ukraine, in: The Ukrainian Review 44/1, Spring 1994, S. 3-11; Solchanyk, Roman: The Politics of Language in Ukraine, in: RFE/RL Research Report 2/10, 5.3.1993, S. 1-4.

⁶ Arel: Language Politics in Independent Ukraine... (s. Fußnote 4).

⁷ Dieser Zugang gleicht insofern dem des Kapitels „Redefining ethnic and linguistic boundaries in Ukraine:

aber oft nur von einer dürftigen Analyse begleitet und können die Frage nicht beantworten, weshalb bisher kein konstruktiver Dialog in der Sprachenfrage stattgefunden hat. Um dieser Frage nachzugehen, ist eine Analyse von Wahrnehmungen, die im Sprachendiskurs zu entdecken sind, eher geeignet. Im zweiten Teil wird jedoch auf Umfrageergebnisse eingegangen, da nur über sie Unterschiede in den Eliten- und Massenebenen festzustellen sind, die auf die Frage der relativen Konfliktlosigkeit zumindest eine Teilantwort liefern können.

In der Analyse der zwei Diskurse werden nur Wahrnehmungen der Beziehung zwischen der russischen und der ukrainischen Sprache thematisiert. Dadurch wird der geographische Schwerpunkt auf die Ost- und Südukraine gelegt, da v.a. dort die Rolle des Russischen problematisch bleibt. Im Westen des Landes (insbesondere Galizien) verläuft der Übergang zum Ukrainischen schneller und einfacher, da in diesen Gebieten Ukrainisch viel öfter als private Kommunikationssprache diente.⁸ Dies gilt auch für die ländlichen Gegenden der Zentralukraine, nicht jedoch für deren Großstädte. Die Sprachen der kleineren ethnischen Minderheiten in der Ukraine werden in dieser Arbeit nicht berücksichtigt, da sie aus der Sicht der erwähnten Politiker und Aktivisten keine Gefahr für die staatliche Sicherheit des Landes darstellen. Dies liegt offenbar nicht zuletzt daran, daß die russische Sprache mit Rußland assoziiert wird, das bei vielen ukrainischsprachigen Sprachaktivisten wegen seines historisch imperialen Verhaltens von vornherein negativ belegt ist.

2. Zum Zusammenhang von Sprachen- und Sicherheitsfragen

Die Verknüpfung zum Thema Sicherheit wächst aus der Beschäftigung mit den Sprachendiskursen in der Ukraine und wirkt gleichzeitig auf der theoretischen Ebene als Bestätigung der neueren Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs. Während der letzten zwei Jahrzehnte und insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurden wissenschaftliche Versuche unternommen, Sicherheit neu zu definieren.⁹ Dieser Aufsatz hat nicht das Ziel, einen Überblick über diese Literatur zu geben. Sie wird vielmehr in Anspruch genommen, um einige Sicherheitsaspekte und Analyseebenen herauszukristallisieren, die für eine Festlegung des Zusammenhangs zwischen Sicherheit und Sprache in der Ukraine nützlich sein können. Bei der Betrachtung der Literatur wird klar, daß die ursprüngliche Erweiterung des Sicherheitsbegriffs um neue inhaltliche Sphären (insbesondere Wirtschaft und Umwelt, aber auch Kultur und Gesellschaft) ein Umdenken in bezug auf die Analyseebenen nach sich zog. Konkret heißt dies, daß die herrschende Tendenz, die Staatenebene als die für Sicherheitsfragen relevanteste zu sehen, einer harschen Kritik

indigenes, settlers and Russophone Ukrainians“, in: Smith, Graham/ Law, Vivien/Wilson, Andrew/Bohr, Annette/Allworth, Edward: *Nation-building in the Post-Soviet Borderlands: The Politics of National Identities*, Cambridge, 1998, S. 119-138. Das Kapitel geht aber nicht hauptsächlich auf Sprachenfragen ein, sondern unterstreicht die Bedeutung der Kategorie „russophone Ukrainer“ für Prozesse der Nationsbildung.

⁸ Dennoch gibt es Beschwerden bezüglich des Übergangs zum Ukrainischen v.a. in den Schulen in westlichen Gebieten. Siehe z.B. Kuznecov, A. A.: *Iz opyta provedenija v ž izn' „Zakona o jazykach“ v Ivano-Frankovskich školach*, in: *Russkoe obrazovanie v Ukraine v kontekste mež dunarodnogo opyta* (26-27 oktjabrja 1995), Kiev 1996, S. 201-203.

⁹ Siehe u.a. Baldwin, David A.: *The concept of security*, in: *Review of International Studies* 23, 1997, S. 5-26; Booth, Ken, *Security and emancipation*: in: *Review of International Studies* 17, 1991, S. 313-326; Bredow, Wilfried von/Jäger, Thomas: *Neue deutsche Außenpolitik*, Opladen 1993, S. 127-157; Buzan, Barry: *People, States & Fear*, 2. Auflage, London 1991; Lipschutz, Ronnie (Hg.): *On Security*, New York 1995; Mathews, Jessica Tuchman: *Redefining Security*, in: *Foreign Affairs* 68/2, 1989, S. 162-177; Shaw, Martin: *There is no such thing as society: beyond individualism and statism in international security studies*, in: *Review of International Studies* 19, 1993, S. 159-175; Tickner, J. Ann: *Re-visioning Security*, in: Booth, Ken/Smith, Steve (Hg.): *International Relations Theory Today*, Cambridge 1995, S. 175-197.

unterzogen wurde.¹⁰ Am häufigsten wurden die individuelle sowie die internationale Ebene als Ergänzungen vorgeschlagen, aber auch die Bedeutung dazwischenliegender gesellschaftlicher Gruppen wurde betont.¹¹ Es ist nicht meine Absicht, einen weiteren Bereich der Sicherheit vorzuschlagen, wie im Falle der Ergänzungen um ökonomische, kulturelle oder ökologische Sicherheit, sondern zu zeigen, daß in bestimmten Fällen der Sprachgebrauch mit diesen verschiedenen Bereichen und so mit dem Aspekt der Sicherheit eng verknüpft ist oder zumindest so wahrgenommen wird. Es geht also um ein zusätzliches Element, das bei Sicherheitsanalysen gegebenenfalls im Rahmen der bestehenden Bereiche in Betracht gezogen werden müßte.

Dieses Papier möchte von beiden neuen Trends in der Sicherheitsliteratur profitieren, indem es 1.) außer dem Begriff der staatlichen Sicherheit andere, auch weniger geläufige, heranzieht und 2.) verschiedene politische und gesellschaftliche Gruppen in die Untersuchung mit einschließt, um eine primär auf innerstaatliche Sicherheitskomponenten konzentrierte Analyse zu erzielen. Hierbei wird der Begriff Sicherheit als Mittel benutzt, um die multiplen Rollen der Sprache in der heutigen Ukraine zu verstehen. In diesem Aufsatz liegt die Betonung auf staatlicher und kultureller Sicherheit, weil diese zwei Kategorien uns helfen können, zwischen dem Diskurs der ukrainischsprachigen und dem der russischsprachigen Sprachaktivisten zu unterscheiden.

Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit wird Reinhard Meyers' Definition von Sicherheit als „Kürzel für ein elementares individuelles und gesellschaftliches Bedürfnis <...>: nämlich das, erworbene Werte zu schützen und zu verteidigen, ihren Genuß und Gebrauch gegen Störungen und Beeinträchtigungen durch Dritte abzusichern“, übernommen.¹² Für Meyers wird desweiteren die staatliche [bei Meyers: nationale] Sicherheit „gemeinhin verstanden als Sicherung der Unabhängigkeit eines Staates vor Eingriffen dritter Mächte“.¹³ Dennoch soll im vorliegenden Aufsatz der Begriff „dritte Mächte“ so verstanden werden, daß es sich auch um Gefahren innerhalb des Staates handeln kann. Denn die Russen in der Ukraine werden gelegentlich als „fünfte Kolonne“ Rußlands dargestellt, also als potentielle Landesverräter aufgrund ihrer ethnischen Herkunft bzw. Muttersprache. So wird eine äußere dritte Macht mit einer vermeintlichen Gefahr innerhalb des Staates verknüpft.

Eine Definition von kultureller Sicherheit scheint in der bisherigen Literatur zu fehlen. Der Begriff als solcher erscheint nur bei von Bredow und Jäger, obwohl verwandte Termini wie z.B. „Identitätssicherheit“ bei anderen Autoren auftauchen. Wenn man die Bemerkungen von von Bredow und Jäger auf die Sicherheitsdefinition von Meyers überträgt, wird deutlich, daß die „erworbenen Werte“ sich im Bereich der „kulturellen Eigenentwicklung“ der Gruppe befinden, die m.E. auch die sprachliche Entwicklung einschließt. Die „Störungen und Beeinträchtigungen durch Dritte“ wären dann Versuche seitens anderer Gruppen, des Staates oder auch anderer Staaten bzw. internationaler Organisationen, die kulturellen Möglichkeiten zu beschränken. Perzipierte Gefahren für die Kultur können allerdings auch von zur selben Kultur gehörenden Kreisen stammen, ebenso wie Gefahren für den Staat von innerhalb seiner

¹⁰ Vgl. Booth, S. 320, Shaw (s. Fußnote 8).

¹¹ Vgl. von Bredow/Jäger, Shaw (s. Fußnote 8).

¹² Meyers, Reinhard: Von der Globalisierung zur Fragmentierung? Skizzen zum Wandel des Sicherheitsbegriffs und des Kriegsbildes in der Weltübergangsgesellschaft“, in: Kevenhörster, Paul/Woyke, Wichard (Hg.): Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt: globale und regionale Herausforderungen. Münster 1995, S. 46.

¹³ Ebenda.

Grenzen kommen können. Durch die Versuche, den kulturellen Bereich zu regeln, wird Kultur politisiert, ein Aspekt, den von Bredow und Jäger nachdrücklich betonen und der ihrer Auffassung nach den Einzug der Kultur in die Sicherheitsforschung rechtfertigt.¹⁴ Im folgenden wird mit einem Kulturbegriff gearbeitet, der eine sprachliche Komponente enthält, aber sich nicht darauf beschränkt. Genauso wird unterstellt, daß der Begriff „Identität“ eine sprachliche sowie eine diese einschließende kulturelle Komponente enthält.

Die Übertragung dieser Kategorien auf eine konkrete Situation sieht etwas komplizierter aus als in der theoretischen Betrachtung, da sich fast jede Gruppe um mehrere Aspekte der Sicherheit gleichzeitig kümmert. Es wird bei einer Analyse des jeweiligen Diskurses deutlich, daß die Ukrainophonen die Verbindung zwischen Sprachgebrauch und staatlicher Sicherheit betonen, während die Russischsprachigen dies ablehnen bzw. ignorieren und statt dessen die Bedeutung der Sprache für ihre kollektive kulturelle Entwicklung hervorheben. Dennoch versuchen auch die Ukrainophonen ihre Kultur zu bewahren und weiterzuentwickeln, während die Russophonen sich auch mehrheitlich für die Unabhängigkeit der Ukraine aussprechen und dadurch deren staatliche Sicherheit befürworten. Es geht also hier nicht darum zu zeigen, daß die Sicherheitsvorstellungen der jeweiligen Gruppe einseitig oder begrenzt wären, sondern darum, daß die unterschiedliche Betonung auf verschiedene, z.T. sich gegenseitig ausschließende Funktionen der Sprache hinweist, was den Dialog zwischen den beiden Gruppen erschwert.

Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen dem ethnokulturellen Bereich und Sicherheitsfragen steckt noch in den Kinderschuhen. Dennoch findet man sowohl im Osten als auch im Westen erste Versuche in diese Richtung. Ein russischer Wissenschaftler hat z.B. die Verknüpfung zwischen Migration von ethnischen Gruppen und dem Sicherheitsbereich am Beispiel Rußlands untersucht. Um die Lage der Migranten zu verstehen, benutzt er ein ausgedehntes Sicherheitskonzept, das physische, ökonomische, soziale sowie ethnokulturelle Aspekte einschließt.¹⁵ In bezug auf die Ukraine wurde neulich versucht, dem Zusammenhang zwischen Kultur und Außenpolitik nachzugehen, wobei insbesondere auf eine potentielle Bedrohung von außen eingegangen wurde.¹⁶ Der Nutzen solcher Versuche wird auch zunehmend anerkannt. Wie ein Beobachter bemerkt hat: „Es ist klar, daß zu einer Zeit, in der sogar stabile Staaten wie Kanada, Frankreich und die USA ihre Sprachpolitik ernsthaft überdenken, die engen Verbindungen zwischen Sprache, Gruppensolidarität und nationaler [sprich: staatlicher] Sicherheit die Aufmerksamkeit von Experten außerhalb der sprach- und literaturwissenschaftlichen Fakultäten verdienen.“¹⁷

3. Inhalte und Wurzeln des Sprachenstreits

Laut der Volkszählung von 1989 besteht die Bevölkerung der Ukraine zu 72,7 Prozent aus Ukrainern, zu 22,0 Prozent aus Russen und 5,3 Prozent sind Angehörige anderer

¹⁴ von Bredow/Jäger, S. 135-136 (s. Fußnote 8).

¹⁵ Panarin, Sergej: Bezopasnost' i etničeskaja migracija v Rossiju, in: Pro et Contra 3/1998 (Internet-Version, <http://pubs.carnegie.ru/p&c/Vol3-1998/4/01panarin.asp>).

¹⁶ Shulman, Steven: Cultures in Competition: Ukrainian Foreign Policy and the 'Cultural Threat' from Abroad, in: Europe-Asia Studies 50/2, 1998, S. 287-303; ders.: Competing versus Complementary Identities: Ukrainian-Russian Relations and the Loyalties of Russians in Ukraine, in: Nationalities Papers 26/4, 1998, S. 615-632.

¹⁷ King, Charles: Policing Language: Linguistic Security and the Sources of Ethnic Conflict: A Rejoinder, in: Security Dialogue 28/4, 1997, S. 496.

Nationalitäten.¹⁸ Etwa 11,4 Millionen Russen sind in der Ukraine wohnhaft und gemäß dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1991 (erneuert 1997) auch ukrainische Staatsangehörige.¹⁹ Von den 25 Gebietseinheiten der Ukraine (24 Gebiete sowie die Autonome Republik Krim) ist lediglich die Krim mehrheitlich russisch. Dennoch wohnen 80 Prozent der Russen in der Ost- und Südukraine (inklusive der Krim). Sprachlich sieht die Lage etwas anders aus, da über 12 Prozent der Ukrainer Russisch als ihre Muttersprache angeben. Es sind die östlichen und südlichen Regionen, die mehrheitlich russischsprachig sind. Auf diese Zahlen stützen sich auch die Russen in der Ukraine, um ihr Argument, sie seien keine nationale Minderheit, zu untermauern. Dieses Argument beruht nicht nur auf der Behauptung, die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung würde v.a. Russisch sprechen, sondern auch auf der besonderen historischen Entwicklung auf dem Gebiet des heutigen ukrainischen Staates, die zu einem sehr verbreiteten Gebrauch der russischen Sprache und einem großen Einfluß der russischen Kultur (auch in nichtrussischen Kreisen) geführt hat.

3.1 Historische Hintergründe der Sprachenfrage

Das neu entstandene Interesse in der westlichen wissenschaftlichen Literatur an Sprachenthemen in der Ukraine entspringt der historischen Entwicklung, die dazu geführt hat, daß die ukrainische Sprache sich, erstens, primär in einer bäuerlichen Umgebung entwickelt hat und, zweitens, als Muttersprache eher in der West- als in der Ostukraine verbreitet ist. Diese in der Literatur und Publizistik oft betonte Spaltung entlang einer geographischen Linie hat auch deswegen Interesse hervorgerufen, weil sie einer tieferen Trennung in der Gesellschaft entspreche, die durch eine unterschiedliche historische (Polen/Österreich-Ungarn vs. Rußland) und ökonomische (landwirtschaftliche vs. industrielle) Entwicklung die Konsolidierung der Staats- und Nationsbildung in der seit sieben Jahren unabhängigen Ukraine behindere. Dennoch ist diese Zweiteilung des Landes ein vereinfachtes Muster, da auch andere Regionen (Transkarpathien, die Nordbukovina, Bessarabien) historische Besonderheiten aufweisen, die die politische und gesellschaftliche Entwicklung dort entscheidend prägen.²⁰ Außerdem muß auf die in der Literatur zumeist vernachlässigte Region der Zentralukraine hingewiesen werden, die im sprachlichen Sinne eine Mischung der östlichen und westlichen Merkmale aufweist und dadurch diese Unterschiede teilweise abschwächt.

Durch die regionalen Unterschiede gehen die Sprachaktivisten teilweise von verschiedenen Vorstellungen der Ukraine aus. Während die meisten ukrainophonen Aktivisten aus der Westukraine bzw. Kiev stammen, sind ihre russischsprachigen Pendanten fast ausschließlich im Osten des Landes angesiedelt. Der Übergang zum Ukrainischen gestaltet sich v.a. in Galizien viel leichter, das wegen seiner Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn und weil es erst später als die anderen Regionen der Ukraine Teil der UdSSR wurde, eine Tradition der Verteidigung der ukrainischen Sprache und Kultur erfahren hat, so daß heute im Alltag der Großstädte fast ausschließlich Ukrainisch gesprochen wird. Diese Situation dient den

¹⁸ Hier und im folgenden bedeuten die Kategorien „Ukrainer“ und „Russen“ Personen dieser Nationalität. Die Nationalität wurde zu Sowjetzeiten in den Inlandspässen eingetragen und entspricht nicht unbedingt der Selbstidentifikation des einzelnen Menschen.

¹⁹ Es wird aber vielfach behauptet, daß bis zu der Hälfte der Menschen, die sich als Russen in der Volkszählung bezeichneten (bzw. als solche eingetragen wurden) dies aus verschiedenen Gründen nicht mehr tun würden, u.a. weil es nicht mehr besonders vorteilhaft sei, Russe zu sein.

²⁰ Diese regionalen Unterschiede sind ein Grund, weswegen die Idee des Föderalismus in der Ukraine immer wieder auftaucht, obwohl sie bisher sehr wenig positiven Anklang, zumindest in offiziellen Kreisen, gefunden hat.

ukrainophonen Aktivisten als Vorbild für die gesamte Ukraine, während die Russischsprachigen von der Situation in der Ostukraine ausgehen, wo Ukrainisch im wesentlichen auf das Fernsehen und den offiziellen Behördenverkehr beschränkt bleibt, obwohl es z.T. auch im Schulunterricht gesprochen wird. Diese ganz verschiedenen Bilder einer heutigen und auch künftigen Ukraine bestimmen die Diskurse der beiden Gruppen und erschweren einen Konsens zwischen ihnen.

In der sowjetischen und teilweise auch der zaristischen Vergangenheit hat es zahlreiche Einschränkungen der ukrainischen Sprache gegeben, die oft zu Gunsten des Russischen erfolgt sind. Eine Ausnahme waren die 1920er Jahre (nicht nur in der Ukraine). Die Freiheiten, die in diesem Jahrzehnt gewährt wurden, hatten zur Folge, daß ein starkes Interesse an der ukrainischen Sprache und Kultur geweckt wurde, um sie allerdings kurz darauf erneut einzuschränken. Dieser wechselnde Umgang mit der ukrainischen Kultur hat immer wieder Protest unter den Ukrainophonen hervorgerufen, so daß Traditionen der kulturellen Opposition entstanden sind. Das Fehlen eines ukrainischen Staates über Jahrhunderte hat zu einer Konzentration auf kulturelle Fragen geführt, die auch den Sprachbereich einschließen. Die Einschränkungen gegenüber der ukrainischen Sprache haben desweiteren den Wunsch nach einem eigenen Staat verstärkt, der vermutlich durch kulturellen Protektionismus die Sprache hätte schützen können. Um so größer war dann die Enttäuschung seitens der Ukrainophonen über die Staatsinstanzen der unabhängig gewordenen Ukraine, als klar wurde, daß sie in dieser Frage keine deutliche Position vertreten wollten. Diese Haltung geht von einer Verbindung des Staates mit der Entwicklung der Sprache aus. Von da ist es nur ein kleiner Schritt zur Assoziation einer „fremden“ Sprache mit einem fremden Staat. Wenn der ukrainische Staat also Russisch toleriere bzw. gar fördere, agiere er im Interesse Rußlands und gegen seine eigenen.

Die Russischsprachigen haben im Gegensatz zu ihren ukrainophonen Mitbürgern keine Protesttraditionen entwickelt, weil sich ihre Sprache nicht in einer bedrohten Position befand. Erst in der Unabhängigkeitsphase begannen sie zu spüren, daß die russische Sprache ihre Stellung in manchen Bereichen verliert. Genauso wie die Ukrainischsprachigen appellieren sie an den Staat, ihren Sprachbereich zu schützen. Wie zu Sowjetzeiten, als der Staat die meisten öffentlichen Bereiche kontrollierte, wird auch hier die Hauptlast für die Bewahrung und Entwicklung der Kultur auf die Schultern des Staates gelegt.

3.2 Die ukrainische Sprachpolitik

Eine eigenständige ukrainische Sprachpolitik begann mit dem Sprachengesetz der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, das bereits im Oktober 1989 verabschiedet wurde. Durch das Gesetz wurde das Ukrainische zur Staatssprache erhoben, die russische Sprache behielt aber gleichzeitig eine Reihe von Privilegien, die ihren Status von dem der anderen „Minderheitensprachen“ unterschied.²¹ Nicht nur wurde die Bedeutung des Russischen als „Sprache der interethnischen Kommunikation der Völker der UdSSR“ (Artikel 4) hervorgehoben, sondern offizielle Dokumente waren sowohl auf Russisch als auch auf Ukrainisch zu veröffentlichen (Artikel 10, 14). Die freie Wahl der Ausbildungssprache wurde garantiert (Artikel 25) und Russisch wurde zum Pflichtfach an allen staatlichen Schulen erklärt (Artikel 27). Im kulturellen Bereich und in den offiziellen Medien konnten „andere nationale Sprachen“, also auch Russisch, neben dem Ukrainischen benutzt werden (Artikel 32, 33). Das Gesetz sollte innerhalb von drei bis zehn Jahren umgesetzt werden, abhängig vom jeweiligen Geltungsbereich. Der Umsetzungsprozeß sollte in der Verwaltung am

²¹ Zakon ukraïnskoj soveckoj socialističeskoj respubliki o jazykach v ukraïnskoj SSR, Kiev 1991.

schnellsten vollzogen werden, während im Bildungsbereich und der kulturellen Sphäre ein langsamerer Verlauf vorgesehen war. Die Regelungen des Sprachengesetzes betrafen die gesamte Ukraine, ohne zwischen den mehr bzw. weniger russifizierten Regionen zu differenzieren.

Maßgebend für die offizielle Ebene war darüber hinaus die „Erklärung über die Rechte der nationalen Minderheiten“, die am 1.11.1991 vom Obersten Sowjet sowie vom Ministerkabinett verabschiedet wurde. Dieses Dokument sollte v.a. die Minderheiten der Ukraine kurz vor dem Unabhängigkeitsreferendum in bezug auf ihre Zukunft in einer selbständigen Ukraine zuversichtlich stimmen. Die Erklärung über die Rechte der nationalen Minderheiten war aber auch in weiterer Hinsicht von Bedeutung, indem manche ihrer Bestimmungen in das Gesetz über die nationalen Minderheiten (vom Juni 1992) übernommen wurden. Gemäß diesem Gesetz ist es möglich, in Regionen, in denen eine bestimmte nationale Minderheit die Mehrheit bildet, ihre Sprache in offiziellen Angelegenheiten gleichberechtigt mit dem Ukrainischen zu gebrauchen.²² Diese Bestimmung betrifft im Fall der Russen allerdings nur die Krim, da in allen anderen Gebieten Russen in der Minderheit sind, obwohl Russischsprachige vielerorts die Mehrheit stellen.

Während sich der gesetzlich definierte Status der russischen Sprache in der Ukraine zu Anfang der 1990er Jahre unwesentlich von seinem Status in anderen post-sowjetischen Republiken unterschied, erwies sich der Gebrauch des Russischen in der Folgezeit in der Ukraine als durchaus fester verwurzelt als in manchen anderen Staaten. Einerseits wurden manche Bestimmungen des Sprachengesetzes schlichtweg nicht umgesetzt: offizielle Dokumente erscheinen häufig nur auf Ukrainisch, und Russisch wird in manchen Schulen nicht unterrichtet. Andererseits aber ist Russisch in vielen geschäftlichen und gesellschaftlichen Bereichen bis zum heutigen Tag dominant geblieben. In den Großstädten der Ostukraine ist Ukrainisch fast nur in den U-Bahn-Ansagen zu hören, und auch in Kiev ist Russisch immer noch viel präsenter als Ukrainisch. Da das Sprachengesetz keine Sanktionen für den Fall seiner Verletzung bzw. Nichtumsetzung enthält, hat der Weitergebrauch des Russischen kaum materielle Folgen. Dies steht im Gegensatz zu der Situation z.B. in Lettland, wo Sprachinspektoren Strafen für ungenügende Kenntnisse der lettischen Sprache im Geschäftsleben verhängen können. Es wird allgemein angenommen, daß Ukrainischkenntnisse zur Voraussetzung für eine Karriere im öffentlichen Dienst geworden sind, aber kaum jemand verliert wegen mangelnder Sprachkenntnisse seine Stelle, auch Beamte nicht. Nur im Bereich der russischen Philologie wurden Kürzungen vorgenommen, in deren Folge sich manche LehrerInnen beruflich umqualifiziert haben, während andere arbeitslos geworden sind.

Diese Kürzungen deuten auf den wichtigsten Träger des Sprachdiskurses auf beiden Seiten hin. Die miserable wirtschaftliche Entwicklung seit der Unabhängigkeit hat die gleichzeitige Schaffung von beruflichen Nischen für Intellektuelle beider Sprachgruppen nicht erlaubt. Viele, insbesondere russischsprachige Aktivisten versuchen daher, sich mit ihren kulturellen Aktivitäten über Wasser zu halten. Wieder andere drücken ihren Frust über den Verlust ihrer Stelle bzw. Stellung in der Gesellschaft durch (über)kritisches Verhalten in kulturellen Fragen aus. Ukrainophone Schriftsteller u.ä. haben es auch nicht einfach, genießen aber einiges mehr an Möglichkeiten als zu Sowjetzeiten, wohingegen die russischsprachige Kultursphäre eher Einschränkungen erfahren hat. Dennoch pflegen ukrainischsprachige Aktivisten jede kulturelle Veranstaltung, die auf Russisch stattfindet, als einen Verlust für die ukrainische

²² Zakon Ukrajinny „Pro nacional’ni menšyny v Ukrajinii“, Kiev 1993 (Artikel 8).

Kultur und ihre Anhänger wahrzunehmen. Diese Umstände im Zusammenhang mit den oben besprochenen historischen Faktoren führen zu einem Konkurrenzdenken, bei dem beide Gruppen den Eindruck haben, zu verlieren.

3.3 Der Sprachgebrauch in der Gesellschaft

Das Gesetz suggeriert eine klare Trennung zwischen der russischen und der ukrainischen Sphäre, die durch die tatsächliche gesellschaftliche Situation nicht bestätigt wird. Umfragen zeigen, daß zu Hause oft sowohl Russisch als auch Ukrainisch gesprochen wird, abhängig von den jeweiligen Umständen. Auf die Schwierigkeiten mit dem Terminus „Muttersprache“ im ukrainischen Fall wurde in der wissenschaftlichen Literatur vielfach hingewiesen. Ein Versuch von den Sozialwissenschaftlern Valerij Khmelko und Dominique Arel, diesen mit „Präferenzsprache“ zu ersetzen, bringt das Problem deutlich zum Ausdruck, erntet aber auch Kritik²³ und dient als Ansporn für weitere Erklärungsversuche in dieser Richtung.²⁴ Khmelko und Arel haben herausgefunden, daß insgesamt 55 Prozent der Bevölkerung die Kommunikation auf Russisch vorziehen.²⁵ Eine ukrainische Soziologin hat die Frage dadurch differenziert, daß den Teilnehmern einer Umfrage verschiedene Definitionen von „Muttersprache“ vorgeschlagen wurden. Dabei meinten 40,2 Prozent, sie sei „die Sprache, in der ich denke und in der ich meine Gedanken und Gefühle am besten ausdrücken kann“, während 36,7 Prozent Sprache mit Nationalität gleichsetzten. Weitere 14,5 Prozent betrachteten die Muttersprache als „die Sprache, die ich am meisten spreche“.²⁶ Diese Zahlen müssen dennoch nach der Nationalität der Befragungsteilnehmer differenziert werden, da 41,1 Prozent der Ukrainer die zweite Definition (Muttersprache=Nationalität) wählten, aber nur 9,7 Prozent der Russen damit einverstanden waren. 56,2 Prozent der Russen bevorzugten die erste Möglichkeit (Gedanken und Gefühle ausdrücken), verglichen mit 34,4 Prozent der Ukrainer.²⁷ Was das Gefühl der sprachlichen und somit teilweise der Identitätssicherheit direkt angeht, haben nur 25,3 Prozent der Befragten erklärt, die Bedingungen für die Entwicklung ihrer Muttersprache und Kultur seien vollständig gewährt, während 45,2 Prozent meinten, solche Bedingungen existierten nur zum Teil und 17,7 Prozent waren der Auffassung, daß sie total abwesend wären.²⁸

Diese Sprachenlage spiegelt sich auch in der Frage der Identität wieder. Außer einer gemischten ukrainisch-russischen Identität, die in der Ost- und Südukraine unter etwa 25 Prozent der Bevölkerung verbreitet ist,²⁹ findet man in der Ukraine auch noch andere, z.B. regionale oder sowjetische Identitätsmuster. Regionale Unterschiede in der Beherrschung der Sprache deuten auf tatsächlich bestehende Identitätsunterschiede hin. Während beispielsweise in einer Reihe von zentralukrainischen Gebieten die Zahl der Menschen, die 1989 Ukrainisch beherrschten, 90 Prozent übertraf, entsprach diese Prozentzahl im Osten und Süden der

²³ Siehe z.B. Kuzio, Taras: Ukraine: State and nation building, S. 180.

²⁴ Arel, Dominique/Khmelko, Valeri: The Russian Factor and Territorial Polarization in Ukraine, in: Harriman Institute Review 9/1-2, 1996, S. 81-91.

²⁵ S. hierzu auch Arel, Dominique: The Temptation of the Nationalizing State, in: Vladimir Tismaneu (Hg.): Political culture and civil society in Russia and the new states of Europe, Armonk 1995.

²⁶ Aza: Ridna mova, S. 120 (s. Fußnote 4).

²⁷ Ebenda, S. 122-123.

²⁸ Ebenda, S. 124-125.

²⁹ Pirie, Paul: National Identity and Politics in Southern and Eastern Ukraine, in: Europe-Asia Studies 48/7, 1996, S. 1079-1104.

Ukraine (in den Gebieten Donec'k, Luhans'k und Odesa) nur 56-58 Prozent.³⁰ Es scheint angemessen anzunehmen, daß die zunehmende Einführung der ukrainischen Sprache in diesen Regionen entsprechend unterschiedliche Reaktionen auslösen wird, bzw. daß in den östlichen und südlichen Regionen ein wesentlich größerer Teil der Bevölkerung dies als Bedrohung ihrer bisherigen Identität wahrnehmen wird als in den zentralen Gebieten. Dennoch ist die Lage im Osten und Süden nicht eindeutig. Die Komplexität der Situation zeigt sich an den Ergebnissen einer Umfrage, in der 28,8 Prozent der befragten Russen planten, ihre Kinder an eine ukrainischsprachige Schule zu schicken, während 18,8 Prozent der Ukrainer eine russischsprachige Schule (allerdings mit Ukrainischunterricht) vorzogen.³¹ Dies kann man erstens dadurch erklären, daß russische Eltern glauben, ihre Kinder werden bessere Zukunftschancen haben, wenn sie Ukrainisch als Unterrichtssprache wählen, und zweitens, daß russischsprachige Ukrainer sich bei der Schulwahl oft von ihrer Muttersprache leiten lassen.

Eine Besonderheit der ukrainischen Situation im Vergleich mit anderen postsowjetischen Staaten besteht in der nahen Verwandtschaft der russischen mit der ukrainischen Sprache.³² Die Ähnlichkeit der beiden Sprachen hat einige Folgen. Erstens hat sie bereits in der Vergangenheit die Behauptung entstehen lassen, daß Ukrainisch lediglich ein Dialekt des Russischen sei, eine Meinung, die auch heute ihre Anhänger findet. Zweitens können Ukrainer und (in der Ukraine lebende) Russen sich problemlos verstehen, nicht nur im privaten Gespräch, sondern auch in den Medien und in Publikationen. Dies schließt natürlich nicht aus, daß es psychische Barrieren gegenüber der jeweilig anderen Sprache geben kann. Drittens ist die Entstehung einer bikulturellen ukrainisch-russischen Identität eventuell leichter als in anderen Situationen, wo die Distanz zwischen den Kulturen größer ist. Dies wird von Umfragen bestätigt, die zeigen, daß knapp zwei Fünftel der Bevölkerung (39,6 Prozent) zu Hause wenigstens zwei Sprachen sprechen.³³

Dennoch kann die Existenz einer solchen Identität widersprüchliche Konsequenzen haben. Einerseits wird behauptet, daß die Ähnlichkeit der Kulturen ein hohes Toleranzniveau zwischen Russen und Ukrainern fördere. Ein hoher Toleranzgrad wird tatsächlich von zahlreichen Studien belegt, obwohl noch nicht überzeugend nachgewiesen wurde, daß diese Toleranz der kulturellen Ähnlichkeit entstammt.³⁴ Andererseits ist aber die Rolle der „Zwischengruppe“ der Ukrainer mit einer sprachlichen und kulturellen Orientierung auf die russische Sphäre unklar. Obwohl mancher Autor ihnen eine Brückenrolle zuschreibt, können sich die ukrainischsprachigen Kräfte in der heutigen Ukraine mit der Existenz dieser Gruppe nicht abfinden. Sie versuchen, eine deutliche Trennlinie zwischen Russisch und Ukrainisch zu ziehen und fordern deswegen von allen Ukrainern, daß sie Ukrainisch sprechen und ihre kulturelle Orientierung entsprechend ändern. Diese Einstellung hindert die Entstehung eines nationalen Konsens, der alle Gruppen mit ihren unterschiedlichen, teilweise gemischten

³⁰ Gorodnjanenko: Jazykovaja politika..., S. 107 (s. Fußnote 4).

³¹ Ebenda, S. 111.

³² Die ukrainische Situation läßt sich lediglich mit der belarussischen vergleichen, da nur die Verwandtschaft zwischen Russisch und Belarussisch ähnlich eng ist wie die zwischen Ukrainisch und Russisch. Dennoch hat sich in Belarus die sprachliche Situation anders entwickelt, sowohl aufgrund eines durch historische Faktoren bedingten niedrigeren Niveaus des Nationalbewußtseins als auch wegen einer anderen Sprachpolitik seit der Unabhängigkeit.

³³ Polityènyj portret Ukrajinu 17/1996, S. 93.

³⁴ Stellvertretend dafür s. Panina, Natalja: Miž nacional'ni stosunky i nacional'na tolerantnist' v Ukrajinu, in: Polityènyj portret Ukrajinu 14/1995, S. 49-71.

sprachlichen und gesamtulturellen Orientierungen einschließen würde. Gleichzeitig kann diese Mischung aber auch als Zement für die ukrainische Gesellschaft betrachtet werden: „Die Teilung der Ukraine wird offensichtlich erschwert und vielleicht unmöglich gemacht genau durch die ethnische Undefiniertheit (neopredelennost') ihrer Bevölkerung, weil die Linie der Teilung nicht zwischen ethnischen Gruppen und auch nicht so sehr zwischen einzelnen Personen verläuft, sondern innerhalb eines jeden von ihnen.“³⁵ Die Existenz einer häufig gemischten ethnischen und kulturellen Identität muß jedenfalls in Analysen der Ukraine in Betracht gezogen werden und kann sich auf den Prozeß der Staats- und Nationsbildung ambivalent auswirken.³⁶

Für die Zwecke dieses Aufsatzes werden die „Russischsprachigen“ als Einheit betrachtet, ohne zwischen russophonen Ukrainern und Russen zu unterscheiden. Hier schließe ich mich der Behauptung an, daß „wenn bei der Bestimmung der Identität Sprachenfragen im Vordergrund stehen, es sinnvoller ist, alle Russischsprachigen zusammen zu betrachten“.³⁷ Da in dieser Arbeit die Betonung auf sprachlicher Identität liegt, wird nach diesem Prinzip gehandelt. Dennoch ist es wichtig, einige Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen zu erwähnen. Erstens gibt es unter den Russen einen größeren Prozentsatz von Personen, die erst seit einer oder zwei Generationen in der Ukraine leben, als dies bei den russischsprachigen Ukrainern der Fall ist. U.a. deswegen konnte in einigen Umfragen gezeigt werden, daß bei politischen Fragen russophone Ukrainer häufig eine Mittelposition zwischen den Russen und den ukrainophonen Ukrainern einnehmen.³⁸ Dieses Ergebnis wird aber stark von regionalen Einstellungsmustern überlagert, die eher zu Ähnlichkeiten zwischen den im Osten und Süden wohnenden Russischsprachigen gegenüber der ukrainophonen Bevölkerung führen. Darüber hinaus sind die Umfrageergebnisse bezüglich Sprachenfragen eher ein Beweis dafür, daß im kulturellen Bereich lediglich unbedeutende Unterschiede zwischen den Attitüden russischsprachiger Ukrainer und Russen bestehen.³⁹

4. Sprache als Faktor staatlicher Sicherheit: Positionen der ukrainophonen Elite

Im folgenden werden verschiedene Aspekte der Argumentation der ukrainischen Sprachaktivisten dargestellt, um die von ihnen wahrgenommene Verbindung zwischen Sprache und staatlicher Sicherheit zu verdeutlichen. Die unten präsentierten Meinungen stammen im wesentlichen von Vertretern der radikalen Sprachaktivisten. Im emotional geladenen Sprachenstreit sind es in der Regel die extremen Haltungen, die Aufmerksamkeit

³⁵ Ševèenko, A.: Ukraina: Etnopolitièeskaja situacija, in: Set' etnologièeskogo monitoringa i rannego preduprež denija konfliktov, Bjuleten' No. 5(16), Dezember 1997, S. 68.

³⁶ Vgl. Savoskul, Sergej: Russkie v nezavisimoj Ukraine: Status, identiènost', perspektivy, in: Furman, D.E. (Hg.): Ukraina i Rossija: obšèestva i gosudarstva, Moskau, 1997, S. 278-329.

³⁷ Smith, Graham/Law, Vivien/Wilson, Andrew/Bohr, Annette/Allworth, Edward: Nation-building in the Post-Soviet Borderlands, Cambridge 1998, S. 138.

³⁸ S. z.B. die Unterstützung für Kravèuk vs. Kuèma in den Präsidentschaftswahlen 1994, analysiert in Wilson, Andrew/Khmelko, Valeri, Regionalism and Ethnic and Linguistic Cleavages in Ukraine, in: Kuzio, Taras (Hg.): Contemporary Ukraine, Armonk, 1998, S. 76.

³⁹ S. z.B. die Ergebnisse einer Umfrage über eine Aufwertung des Status der russischen Sprache in Kiev, wobei 94% der ethnischen Russen die Aufwertung befürworteten. Die überwiegende Mehrheit der Ukrainer waren dagegen, wobei es plausibel anzunehmen scheint, daß v.a. die russophonen Ukrainer das Anliegen unterstützten. Umfrageergebnisse zitiert in: Solchanyk, Roman: The Politics of Language in Ukraine, S. 4 (s. Fußnote 4).

auf sich lenken. Dies gilt sowohl für die ukrainisch- als auch für die russischsprachige Seite, obwohl die Tendenz bei den Ukrainophonen besonders stark ist, gemäßigte Stimmen zu überhören. Viele moderate Beobachter beschäftigen sich nicht zuletzt aus diesem Grund mit anderen Themen und überlassen die Sprachenfrage den Radikalen. Im gemäßigten Lager warnen manche Stimmen davor, Russen und russischsprachige Ukrainer als eine feindliche „fünfte Kolonne“ zu betrachten.⁴⁰ Ihre Einstellung gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung ist tatsächlich toleranter als die der Radikalen.⁴¹ Dennoch werden bei beiden Gruppen Rufe an den Staat laut, eine konsequentere Ukrainisierung durchzuführen, wie auch immer dies benannt wird. Der ehemalige Kulturminister und berühmte Dissident und Schriftsteller Ivan Dsjuba behauptet, daß „der ukrainische Staat jedem Protektionismus bezüglich der ukrainischen nationalen Kultur abgeneigt ist“ und bewertet dieses Verhalten als fehlerhaft.⁴² Der angesehener Journalist Mykola Rjabèuk plädiert für eine Form von positiver Diskriminierung, die die Ukrainophonen fördern würde, ohne die Rechte der Russischsprachigen zu verletzen.⁴³ Solche Einstellungen können zum eher gemäßigten ukrainischsprachigen Lager bezüglich Sprachenfragen gerechnet werden. Aber diese Stimmen spielen eine untergeordnete Rolle, da die radikaleren Aktivisten sie in der Sprachenfrage übertönen.

4.1 Der Zusammenhang zwischen Sprache, Nation und Staat

Der Zusammenhang zwischen Sprachgebrauch und staatlicher Sicherheit wird v.a. von ukrainischen Rechts- und rechtszentristischen Parteien und Organisationen⁴⁴ (den sogenannten „ukrainischen Nationalisten“) hergestellt.⁴⁵ Auf einer Ebene heißt das, die ukrainische Staatlichkeit mit dem Fortbestand der ukrainischen Sprache gleichzusetzen.⁴⁶ Die Logik ist die folgende: Wenn die ukrainische Sprache verschwindet, dann hört auch das ukrainische Volk auf zu existieren, um so mehr, weil Ukrainisch von der russischen Sprache verdrängt wird, was zu einer Assimilation der Ukrainer an das russische Volk führen werde.

⁴⁰ S. z.B. Kulik, Vladimir: Bez konfrontacionnoj ritoriki, in: Golos Ukrainy, 18.11.1995.

⁴¹ Rjabèuk, Mykola: A Future Ukraine: One Nation, Two Languages, Three cultures?, in: The Ukraine List (UKL) #51, compiled by Dominique Arel, 23 July 1999. Zuerst erschienen in: The Ukrainian Weekly, LXVII/23, 6 Juni 1999.

⁴² Dsjuba, Ivan: Ideologièskie decibely „Dialoga kul'tur“, v kotorom ukrainskaja poka èto ne stala ravnopravnym partnerom russkoj. V Ukraine..., in: Zerkalo nedeli, 10.4.1999, Internet-Version, <http://www.mirror.kiev.ua>.

⁴³ Rjabèuk, Mykola: (De)mifolohizacija nacionalizmu, in: Krytyka II/5, Mai 1998, hier S. 12-13.

⁴⁴ Es ist üblich, die Kommunisten und Sozialisten in der Ukraine zu den linken Kräften zu zählen, während Parteien, die den ethnisch ukrainischen Charakter des Staates betonen und eine eher prowestliche außenpolitische Orientierung haben, als rechte Kräfte gelten. Alle anderen befinden sich irgendwo in der Mitte auf dieser etwas unbefriedigenden politischen Skala.

⁴⁵ Die wichtigste Partei unter ihnen ist Ruch, die als Sammelbewegung in der Perestrojka-Ära entstand und mit der Zeit sowohl ehemalige Dissidenten als auch ein Teil der Nomenklatura, die sich national orientierte Losungen zu eigen machte, einschloß. Obwohl am Anfang ökologische Fragen eine große Rolle in der Ruch-Arbeit spielten, wurde sie mit der Zeit zunehmend auf ethnonationale Fragen orientiert und verlor an Bedeutung. Kürzlich haben sich seit langem anbahnende Unterschiede in Bezug auf Führungsstile und Zusammenarbeit mit der Regierung zu einer Spaltung der Bewegung geführt. Kurz darauf starb der berühmte Dissident und langjährig umstrittene Leiter der Ruch, Vjaèeslav Ėornovil. Im Hinblick auf diese zwei Ereignisse ist es unklar, welche Rolle Ruch in Zukunft spielen wird.

⁴⁶ Vgl. Radevyè-Vynnyč'kyj, Jaroslav: Prava ljudyny i movne protystojannja v Ukraïni, in: Rozbudova derž avy 5-6, 1995, S. 4: „die ukrainische Sprache anzuerkennen heißt die ukrainische Staatlichkeit anzuerkennen“.

Wenn es kein ukrainisches Volk mehr gibt, werde auch die Ukraine nicht weiter existieren, da sie anders als ein Nationalstaat nicht bestehen könne.⁴⁷

Die Identifizierung des Staates mit der Sprache der Titularnation in Zusammenhang mit anderen Faktoren führt bei den ukrainischen Nationalisten in der Regel zu dem Schluß, daß die russische Sprache nicht zur zweiten Staatssprache aufgewertet werden dürfe. Wenn die ukrainische und russische Sprache den gleichen Status hätten, so das Argument, dann bedeutete das de facto, daß Russisch die Rolle der Staatssprache übernehme, weil sie in der Vergangenheit eine privilegierte Stellung besessen habe, während Ukrainisch als zweitrangig betrachtet wurde. Die Russischsprachigen würden Zweisprachigkeit dahingehend verstehen, daß sie weiterhin in allen Bereichen ohne Ukrainisch auskämen. Zweisprachigkeit wird damit zur Forderung für andere, nicht aber für sie selbst. Auf der regionalen Ebene könnte die Einführung der Zweisprachigkeit also zu einer Vertiefung der ohnehin vorhandenen Spaltung in der ukrainischen Gesellschaft führen, da der Westen gänzlich auf Ukrainisch, der Osten auf Russisch umschalten würde.⁴⁸ Dies wiederum würde möglicherweise die territoriale Integrität des Landes bedrohen, da ein russophoner Osten zum Anschluß an die Rußländische Föderation neigen würde.

Die ukrainischen Rechten wehren sich nicht nur gegen Zweisprachigkeit in der Form einer Aufwertung der russischen Sprache zur zweiten Staatssprache, sondern schließen auch eine möglicherweise geringere Aufwertung aus, indem sie den Terminus „offizielle Sprache“ mit „Staatssprache“ gleichsetzen und dadurch jegliche Kompromißvariante unmöglich machen. Während seines Präsidentschaftswahlkampfes versuchte Leonid Kuèma, die schärfste Kritik der pro-ukrainischen Kräfte zu umgehen, indem er formell nicht den Status einer zweiten Staatssprache für Russisch vorschlug, sondern den einer „offiziellen“ Sprache“. Doch wurde dieser Unterschied nie richtig definiert, und viele leugneten ihn.⁴⁹ Ein Autor schrieb sarkastisch: „Sogar für Schüler ist es verständlich, daß die offizielle Sprache auch die Staatssprache ist“.⁵⁰

Abhängig vom jeweiligen Akteur zählen unterschiedliche Gruppen zu den „Ukrainischsprachigen“. In vielen Fällen werden zumindest potentiell alle Ukrainer dazu gerechnet, was entsprechende Schlußfolgerungen z.B. über die akzeptable Zahl der russischsprachigen Schulen nach sich zieht. In ukrainischen Rechtskreisen wird also versucht, alle (auch russischsprachige) Ukrainer für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Dieser Zugang stimmt mit dem der ukrainischen Regierung im Bildungsbereich überein (s. den Abschnitt zur Regierungspolitik weiter unten). Ein Zusammenhang zwischen Sprache und Patriotismus wird von einem Wissenschaftler dargelegt, der das Nationalbewußtsein verschiedener ukrainischer Regionen daran mißt, welcher Prozentsatz der Kinder ukrainischer Nationalität in Ukrainisch unterrichtet werden. Obwohl er die politische Unabhängigkeit der Ukraine im internationalen

⁴⁷ S. z.B. Kosiv, Michail: Bez jazyka net naroda. Bez naroda net gosudarstva, in: Golos Ukrainy, 16.9.1994, S. 4-5.

⁴⁸ S. Majboroda, Oleksandr: Vyjavljaet'sja, šèò i v nacional'nych pytannjach demokratija--ne najkrašèa forma pravlinnja, in: Prava ljudyny v Ukraïni: Informacijno-analityènyj bjuletèn' Ukraïns'ko-Amerikans'koho Bjuro zachystu prav ljudyny, Vypusk 14, Kyjiv-Charkiv 1995, S. 16-18.

⁴⁹ Diese Unklarheit wirkte teilweise zum Vorteil und wurde deswegen gefördert von Kuèma, da jeder den Terminus „offizielle Sprache“ so interpretieren konnte, wie ihm das behagte.

⁵⁰ Radevyè-Vynnyč'kyj, Jaroslav, S. 6 (s. Fußnote 45); vgl. auch Majboroda: Vyjavljaetsja... (s. Fußnote 32).

System stabil verankert sieht, stellt er eine interne Bedrohung einer sprachlich und kulturell „russischen Ukraine“ fest, die aus der Schulstatistik klar hervorgehe.⁵¹

Die Einstellung, daß alle Ukrainer Ukrainisch sprechen sollten, wird in der ukrainischsprachigen Presse oft geäußert, wie ein Beispiel aus der Zeitung *Veërnyj Kyjiv* verdeutlicht.⁵² In einem Artikel, der den historischen Beziehungen zwischen Litauen und der Ukraine nachgeht und die sprachliche Gegenwart beider Länder vergleicht, werden russischsprachige (Ukrainer und andere) abwertend als Personen dargestellt, „die gleichgültig, manchmal offen feindlich dem Problem gegenüber stehen, sie wollen die litauische Sprache nicht lernen“.⁵³ Im Gegensatz dazu wird die ukrainischsprachige Bevölkerung Litauens als tolerant und verständnisvoll dem litauischen Sprachengesetz gegenüber charakterisiert, das sowohl im Wortlaut als auch in der Umsetzung wesentlich strenger sei als das der Ukraine. Diese Strenge wird vom Autor des Artikels durchaus positiv bewertet. Der Autor kritisiert also sowohl das schwache Vorgehen der ukrainischen Regierung bezüglich Sprachenfragen als auch russophone Ukrainer, die eine künstliche und ungeduldige Einstellung zur Sprachenfrage hätten.

Eine explizite Verbindung zwischen Sprache und staatlicher Sicherheit schafft der Vorsitzende der Gesamtkrainischen Taras-Ševèenko-Gesellschaft („Prosvita“), eine Organisation, die sich mit der Verteidigung und Verbreitung der ukrainischen Sprache und Kultur beschäftigt. Pavlo Movèan, der auch ein Parlamentsabgeordneter und aktives Ruch-Mitglied ist, sieht ein direktes Verhältnis zwischen Sprache und Patriotismus. Er fragt: „Kann man in einer fremden Sprache einen Patrioten erziehen? Nein. Kann man in einer fremden Sprache einen Menschen erziehen, der dieses Land verteidigen will? Nein. Aus ihm kann man nur einen Vermittler oder einen Befürworter eines anderen Staates machen, von dessen Sprache er ein Träger ist. Ich sage es noch einmal: die fundamentalen Konzepte des Patriotismus sind mit der Sprache verbunden, mit der Weltanschauung, weil die Sprache die Weltanschauung ist.“⁵⁴ Es überrascht deswegen nicht, daß genau Prosvita sich gemeldet hat, um gegen die Sprachbeschlüsse der östlichen Gebiets- und Stadträte zu protestieren (s. unten). Dennoch zeigt dieser Protest, daß Versuche, das ukrainische Sprachengesetz umzusetzen, häufig von privaten Organisationen und nicht von Regierungsorganen unternommen werden. Ein anderes Beispiel für diese Tendenz ist der Einsatz von inoffiziellen Prosvita-Sprachinspektoren, die besonders in den ersten Jahren der Unabhängigkeit versuchten, die Umsetzung des Sprachengesetzes v.a. in Bildungsinstitutionen voranzutreiben. In einigen anderen postsowjetischen Staaten (z.B. in Lettland und Litauen) wurde hingegen diese Funktion von staatlichen Kontrolleuren übernommen.⁵⁵

Ein anderer Abgeordneter, der ukrainische Dichter Dmytro Pavlyèko, focht die (heute noch gültige) sowjetische Praxis an, nach der Eltern die Entscheidung darüber treffen durften, in welcher Sprache ihre Kinder in der Schule lernen: „Eine ukrainische Mutter kann die Sprache,

⁵¹ Žuk, Petro: A Cartographic Portrait of Ukraine, in: *Za vil'nu Ukrajinu*, 8.4.1997, ins Englische übersetzt in: FBIS-SOV-97-091, unter <http://wnc.fedworld.gov>

⁵² Diese Zeitung vertritt allerdings eine relativ radikale Position im Vergleich zu vielen ukrainischsprachigen Periodika.

⁵³ Lytvyn, Mykola: Lytva, šèo kvitla rusèynoju, teper ... Ukrajinì, in: *Veërnyj Kyjiv*, 14.5.1998, Internet-Version <http://www.ukraine.org/Vkyiv/vk2/s4.htm>

⁵⁴ Desjatnikov, Viktor: *Energetika rodnogo slova* (Interview mit Pavlo Movèan), in: *Novosti*, 5-12.2.96.

⁵⁵ Über die Situation in Lettland s. Johnson, Steven C.: *Watch Your Tongue*, in: *Transitions*, November 1998, S. 46-49.

in der ihr Kind Unterricht bekommt, nicht frei wählen, weil sie mit ihrer Wahl die nationale Loyalität [des Kindes] bestimmt. Auf diese Art und Weise hat das Gesetz unsere Mütter zu nationalen Verrätern gemacht.“⁵⁶ Auch hier wird versucht, eine Verbindung zwischen Sprache und staatlicher Sicherheit herzustellen, da Personen, die keine „nationale Loyalität“ der Ukraine gegenüber verspüren, eine Gefahr für den Zusammenhalt des Staates bildeten. Damit werden nicht nur die auf Russisch lernenden Schüler, sondern auch ihre Eltern (insbesondere die Mütter, die laut Pavlyško offensichtlich für Erziehungsfragen zuständig sind), als eine Gefahr für den Staat dargestellt. In diesem Fall geht die Schlußfolgerung sogar einen Schritt weiter, indem die Russischsprachigen als eine „fünften Kolonne“ angesehen werden, d.h. daß aufgrund ihrer sprachlichen Zugehörigkeit ihre Treue dem ukrainischen Staat gegenüber in Frage gestellt wird. Diese Einstellung wird selten im ukrainischen Lager geäußert, insbesondere im Hinblick auf die eindeutige Unterstützung der Russophonen für die ukrainische Unabhängigkeit im Volksentscheid von 1991.⁵⁷ Dennoch liegt sie vielen der nationalistischen Argumentationsmustern implizit zugrunde, insbesondere bei den radikaleren Vertretern der Idee „ukrainische Sprache = ukrainische Staatlichkeit“. Durch die in Umfragen in der Ostukraine belegte sinkende Unterstützung für die Unabhängigkeit (s. Fußnote 52) findet die "fünfte Kolonne"-Argumentation scheinbar weitere Bestätigung.

4.2 Ukrainophone Reaktionen auf regionale Aufwertungsversuche der russischen Sprache

Die Bemerkungen zum Verhältnis zwischen staatlicher Sicherheit und Sprachenfragen, die im vorigen Teil besprochen wurden, besitzen einen eher abstrakten Charakter. Es lohnt sich festzustellen, inwiefern diese Einstellungen auch in bezug auf konkrete Ereignisse im Sprachbereich vertreten werden. Für diesen Zweck können wir u.a. Aussagen analysieren, die als Reaktion auf Beschlüsse ostukrainischer Stadt- oder Gebietsorgane, die die offizielle Sphäre der russischen Sprache erweitern, gemacht wurden. Es geht hier weniger darum, die Beschlüsse der Behörden zu beurteilen, als die Gründe sowohl für diese Entscheidungen als auch für die Reaktionen ihrer Gegner zu verstehen und dadurch zu einem Verständnis der Bedeutung von Sprache in der heutigen Ukraine zu gelangen.

Nachdem das Sprachengesetz 1990 in Kraft getreten war, fing eine Periode des "Abwartens" an, da keiner wußte, wie das Gesetz in der Praxis implementiert werden würde, insbesondere im Hinblick auf die fehlenden Sanktionsmechanismen. Mit der Zeit wurde deutlich, daß die Bereiche Verwaltung und Bildung diejenigen waren, in denen es galt, den Übergang zur ukrainischen Sprache voranzutreiben. Als Reaktion hierauf wurden in einigen Städten entsprechende Beschlüsse gefaßt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

⁵⁶ Marples, David/Freeland, Chrystia: Inside Ukrainian Politics: An Interview with Dmytro Pavlychko, in: Report on the USSR, 13.7.1990, S. 22-23, zitiert in: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert: Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states, Boulder/Oxford 1996, S. 156.

⁵⁷ Diese Unterstützung wurde mit der Zeit deutlich geringer (im Referendum 1991 hatten über 90% der Gesamtbevölkerung die Unabhängigkeit befürwortet). 1995 hätten nur noch 26% der Bevölkerung der östlichen Stadt Doneck für die Unabhängigkeit gestimmt, während 42% dagegen gestimmt hätten. Die anderen Befragten würden nicht an der Abstimmung teilnehmen bzw. wollten sich nicht festlegen (jeweils 16%). Golovacha, Evgenij/Panina, Natal'ja: Rossijsko-ukrainskie otnošenija v obščestvennom mnenii Ukrainy i Rossii, in: Furman, D. E. (Hg.): Ukraina i Rossija: obščestva i gosudarstva, Moskau, 1997, S. 267. Die Gründe für diese Umkehr sind umstritten. Während viele Beobachter die schlechte wirtschaftliche Lage dafür verantwortlich machen, behaupten andere, daß nationale Fragen die Hauptrolle spielten. S. dazu Wilson, Andrew/Khmelko, Valeri, Regionalism and Ethnic and Linguistic Cleavages in Ukraine, in: Kuzio, Taras (Hg.): Contemporary Ukraine, Armonk, 1998, S. 60-80.

Am 25. Dezember 1996 faßte der Charkiver Stadtrat einen Beschluß, der der russischen Sprache auf dem Territorium der Stadt einen gleichberechtigten Status mit der ukrainischen Sprache verlieh. Die gesamtukrainische Gesellschaft „Prosvita“ und der Kongreß der ukrainischen Intelligencia haben in einer Erklärung an den ukrainischen Präsidenten diesen Schritt als verfassungswidrig beklagt und die Aufhebung des Beschlusses verlangt. Über den Generalstaatsanwalt des Gebietes wurde versucht, den Widerruf des Beschlusses zu erwirken, was allerdings mißlang. Während einer Pressekonferenz äußerte Anatolij Pohribnyj, Vorsitzender der Bildungskommission der Prosvita-Gesellschaft und ehemaliger stellvertretender Bildungsminister der Ukraine, daß „dieser Beschluß [des Stadtrats] politischen Charakter trage und gegen die Unabhängigkeit des Landes gerichtet sei“.⁵⁸ Dies läßt sich so interpretieren, daß Pohribnyj die Entscheidung als einen Annäherungsversuch an Rußland bzw. als ein Zeichen von Separatismus ansieht. Hier wird Sprache also nicht hauptsächlich als alltägliches Kommunikationsmittel, sondern als außenpolitisches Symbol und Träger von Sicherheit verstanden.

In der 80.000 Einwohner zählenden Stadt Novomoskovsk, im östlichen Dnipropetrovsker Gebiet, gab es noch weitergehende Beschlüsse des Stadtrats. Russisch wurde als Verwaltungssprache bei Behörden, Unternehmen und Organisationen der Stadt mit Ukrainisch nicht nur gleichgestellt, sondern es wurde darüber hinaus ein Verbot erlassen, das Netz russischsprachiger Schulen, ohne die Erlaubnis der betroffenen Eltern und des Stadtrats zu verkleinern. Die Gebietsverwaltung für Bildung in Dnipropetrovsk sah dies als eine Verletzung des Sprachengesetzes an. Ein Beamter der Behörde gab zu bedenken, daß der Stadtrat in Novomoskovsk eigentlich keinen Grund habe, sich zu beschweren, denn obwohl 77,7 Prozent der Einwohner Ukrainer seien, betrage der Anteil der ukrainischsprachigen Schulen in der Stadt „nur“ 68,5 Prozent.⁵⁹ Dieser Kommentar steht im Einklang mit der Meinung der im vorigen Teil zitierten Sprachaktivisten, die Sprache mit Nationalität gleichsetzen und die Wahl der Unterrichtssprache durch die Eltern in Frage stellen.

Einerseits ist es möglich, eine Verlagerung der Sprachpolitik auf die regionale Ebene als positiv für die ukrainische Sicherheitslage zu sehen, da der ukrainische Charakter des Staates nicht mehr in bezug auf die Sprache in Frage gestellt, sondern die Sprachenfrage regional geregelt wird. Andererseits ist es aber auch möglich, die Regionalisierung der Sprachenfrage als gefährlich einzuschätzen, da sie als Zeichen eines schleichenden Separatismus bewertet werden kann. Genau dies ist die Reaktion jener Kräfte, die, wie die „Prosvita“-Gesellschaft, die Beschlüsse der Stadt- oder Gebietsräte im Osten der Ukraine als eine Sicherheitsgefahr bezeichnen. Dennoch scheinen u.a. eben diese Kräfte dieser angeblichen Gefahr den Weg geebnet zu haben, indem sie ein Sprachengesetz unterstützten, das keine regionale Differenzierung in der Umsetzung vorsah. Sogar der frühere Vize-Premier-Minister und Befürworter einer unitären Staatsstruktur, Ivan Kuras, mußte zugeben, daß „oft genug innerhalb des Staates vollkommen unterschiedliche Zugänge zum westlichen bzw. östlichen Teil nötig sind in für die Konsolidierung der Nation sehr wichtigen Bereichen: dem ökonomischen, politischen, sprachlichen und religiösen“.⁶⁰ Dennoch sind die mit der Sprache verbundenen Positionen so verhärtet, daß bisher trotz der Vorbereitung mehrerer Entwürfe keine Überarbeitung des Sprachengesetzes möglich gewesen ist.

⁵⁸ OMRI Daily Digest No. 5, Part II, 8.1.1997; Radio Ukrajina, 9.7.1998, zitiert in: Deutsche Welle Monitordienst, Kontroverse um Status der russischen Sprache im ukrainischen Charkiw (www.dwelle.de).

⁵⁹ Ryž kov, Vadim: Ukrošenie gosudarstvennogo jazyka, in: Den', 9.1.1998.

⁶⁰ Kabaëinskaja, Svetlana: Ivan Kuras: Ukraina dolž na byt' unitarnoj, in: Zerkalo nedeli, 16.1.1999, Internet-Version, www.mirror.kiev.ua.

Der Entwicklung von regionalen Forderungen nach einer Aufwertung der russischen Sprache ist eine Welle von Versuchen vorausgegangen, Russisch als zweite Staatssprache durchzusetzen. So hatte z.B. das Krimparlament Ende 1992 einen Vorschlag an das ukrainische Parlament geschickt, in dem Russisch den Status einer zweiten Staatssprache gewährt werden sollte. Eine ähnliche Forderung wurde vom „Bürgerkongreß der Ukraine“, einer (allerdings kleinen) Dachorganisation von verschiedenen oppositionellen Gruppierungen mit Sitz in Donec'k, im Oktober desselben Jahres gestellt.⁶¹ Die Hoffnungen dieser Gruppen wurden genährt durch das Versprechen, das Leonid Kuèma als Präsidentschaftskandidat 1994 gab, solchen Forderungen gerecht zu werden. Dennoch ließ er diese Frage nach seiner Wahl zum ukrainischen Staatsoberhaupt aus verschiedenen Gründen fallen, u.a. aufgrund des Widerstands im sogenannten national-demokratischen Lager (insbesondere bei der Ruch), dessen Unterstützung er für seine Reformpläne brauchte.⁶² Wie weiter unten aber zu sehen sein wird, gibt es neben regionalbezogener Arbeit auch noch andere Versuche, die Sprachenfrage auf gesamtstaatlicher Ebene durch eine Aufwertung des Russischen zu „lösen“.

4.3 Die Entwicklung der russischen Kultur als perzipierte Bedrohung

Ein anderes Beispiel der Verbindung von staatlicher Sicherheit der Ukraine und Gebrauch der russischen Sprache findet man in der Debatte über den „Entwurf eines staatlichen Programms zur Bewahrung und Unterstützung der Entwicklung der russischen Kultur in den Jahren 1995-2000“. Dieser Entwurf wurde vom Ministerium für Nationalitätenangelegenheiten, Migration und Kultus während der Amtszeit von Mykola Šul'ha erarbeitet. Šul'ha ist z.Z. im Institut für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften tätig und nimmt auch aktiv an Aktivitäten der Ukrainischen Gesellschaft Russischer Kultur „Rus“ teil, die versucht, den Status der russischen Kultur in der Ukraine zu verteidigen und zu diesem Zweck eine Reihe von Konferenzen organisiert hat.

Der Programmentwurf hatte laut Šul'ha der erste einer Reihe sein sollen, in der nach und nach verschiedene ethnische Gruppen der Ukraine ihre Lage hätten diskutieren können und in der Vorschläge für ihre kulturelle Entwicklung hätten gemacht werden können. Die Russen wurden wegen ihrer großen Zahl und Bedeutung für den ukrainischen Staat als die erste zu behandelnde Gruppe ausgewählt.⁶³ Aufgrund Šul'has Entlassung und des Skandals um den ersten Entwurf wurden allerdings keine weiteren produziert. Ein Artikel in der Ruch-Zeitung Èas beschrieb den Entwurf als „Provokation“ und nannte seine Autoren „Feinde der Ukraine“. Der Autor kritisierte die Entscheidung, die Russen zuerst zu bearbeiten, aufgrund ihrer sowieso „dominanten Stellung“ und kam zu dem Schluß, daß es Ziel des Entwurfes sei, die herrschende Rolle der russischen Sprache auf ewig zu sichern.⁶⁴ Gemäßigtere Reaktionen begrüßten die generelle Richtung insofern als richtig, als der ukrainische Staat die Kulturen der in der Ukraine lebenden nationalen Minderheiten unterstützen sollte, bewerteten aber den Zeitpunkt und teilweise den Inhalt als unangebracht: „Die Autoren des Entwurfs haben nicht daran gedacht, welche Unterstützung der rußländischen⁶⁵ Kultur den nationalen Interessen

⁶¹ Solchanyk, Roman: *The Politics of Language...*, S. 1 (s. Fußnote 4). Der Bürgerkongreß wurde später in die „Slawische Partei“ umbenannt.

⁶² Kuzio, Taras: *Ukraine: State and nation building*, London 1998, S. 188.

⁶³ Interview der Autorin mit Mykola Šul'ha, Kiev, März 1996.

⁶⁴ Vivèaryk, Mychajlo: *Dozvol'te spilkuvatys' ukrajins'koju*, in: Èas/Time, 16.2.96.

⁶⁵ Hier handelt es sich um einen Fehler, der bei Übersetzungen aus dem Ukrainischen ins Russische häufig auftritt, weil im Ukrainischen das gleiche Wort (rosijs'kij) sowohl russisch als auch rußländisch bedeutet, während im Russischen diese sich unterscheiden. In diesem Fall wurde rosijs'kij als rußländisch übersetzt,

der Ukraine entsprechen würde, insbesondere dem Entstehen einer Zivilgesellschaft und der Bildung einer politischen Nation.“⁶⁶ Hier sehen wir wieder die Herstellung einer Verbindung zwischen der Entwicklung der russischen Kultur und Sprache und den Staats- und Nationsbildungsprozessen, obwohl in diesem Fall mehr auf die innenpolitische Entwicklung als auf den Bereich der staatlichen Sicherheit im Verhältnis zu Rußland eingegangen wird.

5. Sprache als Faktor kultureller Sicherheit: Positionen der russophonen Elite

In diesem Abschnitt werden einige Thesen der russophonen Elite anhand ihrer Rhetorik und Aktivitäten beispielhaft dargestellt, um sie denen der ukrainischsprachigen Intellektuellen gegenüberzustellen. Dabei kommt die Betonung der Verbindung zwischen Sprache und Kultur deutlich zum Vorschein. Es wird auch klar, daß die Russischsprachigen den Zusammenhang zwischen Sprache und staatlicher Sicherheit ablehnen bzw. nicht thematisieren.

Für das Verhalten der Russischsprachigen gibt es einige Gründe. Erstens sind sie von der niedrigen Unterstützung seitens der Rußländischen Föderation für die Entwicklung russischsprachiger Anliegen in der Ukraine enttäuscht. Ohne diese Unterstützung wagen sie es nicht, über kulturelle Forderungen hinauszugehen. Aber es sind diese Forderungen, die für sie als Intellektuelle im täglichen Leben am wichtigsten sind, deswegen ist es unklar, inwieweit sie auch mit dem Beistand Rußlands versuchen würden, ihre Loyalität zur Ukraine aufs Spiel zu setzen. Das Leben in Rußland ist sicherlich nicht so viel attraktiver als das in der Ukraine, als daß die russischsprachige kulturelle Elite mit einer wesentlichen Migration drohen könnte. Ihre bisherige Argumentation scheint demnach eine Mischung aus tatsächlicher Interessenvertretung und Kalkül zu sein.

Analysiert man den Diskurs und die Handlungen der russischsprachigen Aktivisten, stößt man auf das Problem, daß diese nur schwach organisiert sind und es ist schwierig festzustellen, wen sie eigentlich vertreten. Dennoch hat sich die „Ukrainische Gesellschaft russischer Kultur „Rus““ zu jener Organisation entwickelt, von der als erste gesprochen wird, wenn es um Versuche geht, den Status der russischen Sprache in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufzuwerten bzw. beizubehalten. Deswegen wurden v.a. die Sammelbände von fünf Tagungen ausgewertet, die z.T. von der Ukrainischen Gesellschaft Russischer Kultur „Rus““ in Zusammenarbeit mit sowohl ukrainischen als auch rußländischen staatlichen Instanzen organisiert wurden. Da diese Tagungen einen sechsjährigen Zeitraum (1993-1999) abdecken, ist es möglich, Änderungen von Themen und Stil des Diskurses zu verfolgen. Allerdings blieben die diskutierten Themen in bezug auf die russische Sprache ziemlich konstant. Im Vordergrund standen Bildungs- und Medienangelegenheiten, aber auch Fragen des Status der Russen und der russischen Sprache wurden häufig thematisiert. 1993 hoffte man stärker auf Unterstützung von der Rußländischen Föderation. Da diese im wesentlichen nicht eingetreten ist, wurden die Forderungen auf den ukrainischen Staat verlagert, wobei 1998 die Russischsprachigen auch sich selbst für ihre Probleme verantwortlich machten und ihren schwachen Organisationsgrad als Hindernis darstellten. Die Selbstbeschuldigung einer fehlenden Organisation mündete 1999 in der Durchführung eines „Kongresses der Russen der Ukraine“, der einen „Russischen Rat“ geschaffen hat. Dieser soll „das öffentliche

obwohl laut Rücksprache mit Volodymyr Kulyk russisch gemeint wurde.

⁶⁶ Kulik, Vladimir: Bez konfrontacionnoj ritoriki, in: Golos Ukrainy, 18.11.1995.

Vertretungsorgan der Russen der Ukraine“ sein und „konsolidiert soziale, kulturwissenschaftlich tätige und auf die Wahrung der Menschenrechte orientierte (pravozašëitnye) Kräfte der Russen, [er] organisiert, lenkt und koordiniert ihre Arbeit, vertritt die Interessen der Russen in den Beziehungen zu staatlichen Organen der Ukraine und anderer Länder“.67 Inwiefern es dieser neuen Organisation gelingen wird, die verschiedenen Strömungen in der russischsprachigen Gesellschaft unter einem Dach zu einigen, ist noch offen.

5.1 Die Komplementarität der russischen und der ukrainischen Sprache und Kultur

Die russischsprachigen Aktivisten treten entschieden gegen ein Wettbewerbsmodell auf, das beide Kulturen (und dadurch die Sprachen) gegeneinander setzt. Der Wettbewerb, der z.Z. leider stattfindet, sei ein fehlerhafter Weg, für den der ukrainische Staat Verantwortung trage. Ein solcher Wettbewerb würde nicht die Ziele der jeweiligen Kultur verfolgen, sondern würde sich „im Namen der Erreichung irgendwelcher überkultureller [nekich nadkul'turnych] Ziele und Werte“ abspielen.68 Dieser Kampf betreffe konkret auch die Entwicklung der russischen sowie der ukrainischen Sprache. In der Tat würden beide Sprachen durch diese Konkurrenz leiden, denn gutgemeinte Versuche, sich auf das Ukrainische einzustellen, führten dazu, daß viele russische Worte einfach „ukrainisiert“ würden, ohne daß dies der ukrainischen Grammatik oder dem ukrainischen Wortschatz entspräche. Diese schlechte Entwicklung wird als Folge einer ungeschickten Sprachpolitik des ukrainischen Staates gesehen, dessen Elite im Namen ihrer politischen Ziele einem „Dorfnationalismus“ folge, anstatt die ukrainische Kultur wirklich zu fördern und den Russischsprachigen ihr Milieu zu überlassen: „...es ist viel wichtiger, ein Telefon in der Wohnung des wunderbaren ukrainischen Dichters Stepan Sapeljak aus Charkiw einzurichten, als in einer weiteren russischen Schule die ukrainische Sprache einzuführen.“69 Von der russischsprachigen Seite kommen also Vorschläge, die Sphäre des Ukrainischen zu erweitern, ohne die des Russischen einzuschränken. Dies erscheint jedoch in einigen Bereichen ziemlich problematisch, z.B. im Bildungswesen. Außerdem werden solche Vorschläge von der ukrainophonen Elite abgelehnt, da sie den Russophonen erlauben, weiterhin in allen Bereichen Russisch zu gebrauchen.

Ein Beobachter brachte die Sache auf den Punkt, indem er die unterschiedlichen Ziele der beiden Eliten hervorhob. Er beklagte, daß das Verhältnis zwischen den beiden Sprachen zu oft den Charakter eines Ultimatums trage, wobei die ukrainischsprachige Seite auf eine „historische Gerechtigkeit“, die russischsprachige auf einen Status quo beharre. Dieser dualistische Charakter gefährde die Stabilität der Gesellschaft und könne zu einer Verschlechterung der ethnonationalen Beziehungen führen.70 Allerdings scheint er dadurch die Positionen der kleinen intellektuellen Eliten mit denen in der breiteren Gesellschaft gleichzusetzen. Wie weiter unten ausführlicher behandelt wird, ist dies eine falsche Annahme.

Während der Tagungen wurden Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit der ukrainischen Intelligencia unterbreitet, um das Wettbewerbsdenken zu überwinden. Dennoch wurde diese oft als unfähig zum wirklichen Dialog charakterisiert. Wenn es darum geht festzustellen, wer

67 Manifest Russkogo Soveta Ukrainy, in: Materialy I s'ezda russkich Ukrainy, Kiev, 1999, S. 85-86.

68 Alekseev, Vladimir/Tyrnov, Valerij: I do sich por sporim ob ošëvidnom? In: Golos Ukrainy, 8.2.1996.

69 Ebenda.

70 Morozov, Ju. G.: Izuèenie ukrainskogo i russkogo jazykov v Ukraine v XX st.: dialog motivacii, in: Dialog ukrainskoj i ruskoj kul'tur. Materialy mež dunarodnoj nauèno.-praktičeskoj konferencii (24-25 oktjabrja 1996 g.), Kiev 1997, S. 119-120.

einer vernünftigen Sprachpolitik im Wege steht, werden ukrainische Intellektuelle sowie eine abstrakte Gruppe von Politikern genannt. Auch einige Massenmedien wurden der Politisierung des Bereichs der russischen Sprache und Kultur beschuldigt. Obwohl manche Teilnehmer versuchten, die russischsprachige Intelligencia in der Ukraine von der ukrainischen stark zu trennen, verkündeten andere die Hoffnung, daß die beiden Teile der Intelligencia des Landes sich vereinigen würden bzw. sagten sogar, die russischen Intellektuellen gehörten zur Gruppe, die mit dem Begriff „ukrainische Intelligencia“ bezeichnet wird. Diese Unterschiede deuten auf eine Bereitschaft unter Teilen der Russischsprachigen hin, einen Dialog zwischen dem russophonen und dem ukrainischsprachigen Teil der kulturellen Elite zu führen. Dennoch ist es nicht gelungen, im Rahmen der Veranstaltungen zum Thema „Dialog der russischen und ukrainischen Kulturen“ aus dem bestehenden Verhaltensmuster herauszukommen, da ein Teil der eher radikal eingestellten ukrainophonen Aktivisten auf die Einladungen gar nicht erst reagierten, und die Empfehlungen der jeweiligen Veranstaltungen u.a. dadurch den deutlichen Abdruck der russischsprachigen kulturellen Elite trugen.

Die Rus'-Vorsitzende, Valentina Ermolova, geht auf eine extreme Variante des Wettbewerbs ein, indem sie vor dem Wunsch einiger Fanatiker warnt, die russische Kultur aus der Ukraine zu verdrängen: „Die Vertreibung sogar einer Kultur aus dem multikulturellen Raum der Ukraine wird den Prozeß der Entkultivierung (obeskultivirivanie) noch mehr verschärfen, die ohnehin schwachen Verbindungen zwischen den Menschen brechen, die geistigen Fäden schwächen, welche die Träger verschiedener Kulturen in das vereinigte Volk der Ukraine einbinden.“ Diese Äußerung zeigt, daß der multiethnische Charakter der ukrainischen Gesellschaft oft als Grund dient, alle Sprachen und Kulturen (darunter natürlich auch die russische) zu pflegen und zu unterstützen. Bei solchen Aussagen wird die Bedeutung der stark biethnischen Zusammensetzung der Ukraine deutlich heruntergespielt. Ähnliche Kommentare über die multiethnische bzw. -kulturelle Natur der ukrainischen Gesellschaft stehen im klaren Kontrast zu den oben zitierten Kommentaren der ukrainischen Nationalisten, die fast immer nur den ukrainisch-russischen Gegensatz betonen. Sie stehen auch im gewissen Widerspruch zu der Forderung vieler Russen, nicht als nationale Minderheit behandelt zu werden, denn in diesem Fall wäre der Vergleich zur Entwicklung anderer Sprachen mit der des Russischen wenig sinnvoll. Von einem russischsprachigen Sprachaktivisten und ehemaligen Berater des Präsidenten Kuèma wurde die Forderung aufgestellt, „die Probleme der Russen in der Ukraine nie als die Probleme einer nationalen Minderheit zu betrachten. Die Russen in der Ukraine sind natürlich nicht alle 55 Prozent der Bürger, die Russisch sprechen, aber es sind viel mehr als die 22 Prozent, die als Russen gemeldet sind. Anscheinend sind es die 35-40 Prozent der Bürger, welche die russische Sprache und Kultur als ihre eigene betrachten.“⁷¹ Dadurch wird versucht, die Russen und Russischsprachigen von den (anderen) nationalen Minderheiten zu unterscheiden und einen besonderen Status für die russische Sprache und Kultur zu begründen.

Es wird auch angestrebt, im offiziellen Sprachbereich einen mehr oder weniger gleichen Status für die russische und ukrainische Sprache zu erlangen. Eine Interpretation des Begriffs „offizielle Sprache“, der mit der Zeit zunehmend Gestalt annimmt, behält einige Sphären ausschließlich für die ukrainische Sprache (z.B. Außenpolitik, Streitkräfte) und setzt Russisch

⁷¹ Malinkoviè, V.D.: Perspektivy razvitija russkoj kul'tury v Ukraine v zavisimosti ot napravlenosti političeskich processov, in: Dialog ukrainskoj i russkoj kul'tur. Materialy mež dunarodnoj nauèno-praktičeskoj konferencii (24-25 oktjabrja 1996 g.), Kiev 1997, S. 36.

mit Ukrainisch in allen anderen Bereichen gleich.⁷² Die Auswahl der Sphären, in denen lediglich Ukrainisch herrscht, ist ein Zeichen dafür, daß die Russischsprachigen sich bei der Aufwertung der russischen Sprache hauptsächlich auf interne Angelegenheiten beschränken. Dies ist vermutlich ein taktischer Zug, da sie wissen, daß die Chancen gering sind, Russisch als zweite Staatssprache durchzusetzen. Deswegen versuchen sie, die Differenzen zwischen einer offiziellen und einer Staatssprache hervorzuheben, um die Chancen für eine Aufwertung des Russischen am Leben zu halten.

5.2 Die russische Sprache im Bildungsbereich und in den Medien

Als negative Folgen des Sprachengesetzes werden insbesondere eine Reduzierung russischer Informationsquellen (Fernsehen, Presse und Rundfunk) sowie Schwierigkeiten bei der Aufnahme an den Hochschulen genannt. Damit verbundene Punkte, die als problematisch dargestellt werden, schließen folgende ein: die Reduzierung der Schulzeit, die für den Unterricht in russischer Sprache und Literatur verwendet wird, die Vernachlässigung des Elternwunsches bei der Auswahl der Unterrichtssprache, das Fehlen von Lehrbüchern in den Fächern russische Sprache und Literatur sowie ein geeignetes Geschichtsbuch, welches das historische Verhältnis zwischen Rußland und der Ukraine adäquat darstellt. Weniger als 10 Prozent der Befragten glauben, daß sie wegen der Implementation des Sprachengesetzes Probleme bei der Arbeitsuche bzw. bei der Erhaltung ihrer Arbeitsstelle haben werden. Knapp die Hälfte der befragten Russen nehmen überhaupt keinen Einfluß des Sprachengesetzes wahr.⁷³ Somit sind die Aussagen, die in dieser Arbeit dargelegt werden, nicht unbedingt auf die Mehrheit der Russen bzw. Russischsprachigen übertragbar. Dennoch repräsentieren sie einen Teil der Gesellschaft, der politisch aktiver ist als die oft schweigende Mehrheit.⁷⁴

Nur sehr selten wird die Verbindung zwischen Sprachgebrauch und staatlicher Sicherheit problematisiert. Wenn dies allerdings geschieht, wird deutlich, daß die Aktivisten sehr wohl genügend Raum für das Russische innerhalb einer unabhängigen Ukraine sehen: „Wenn die russische Bildung als eine subnationale im Rahmen des gesamtstaatlichen Systems der ukrainischen nationalen Bildung auf der Anerkennung und Bestätigung des Souveränitätsprinzips, der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates, der Achtung nationaler Prioritäten und der Werte des russischen Volkes, seines ethno-sprachlichen Urmutterlandes, aufgebaut wird, dann wird sie unbedingt ihren würdigen Platz im nationalen Bildungssystem der Ukraine einnehmen. Aber bis prinzipiell und von wissenschaftlichen Gesichtspunkten korrekt betrachtet der Inhalt der russischen Bildung in der Ukraine geklärt und definiert wird, wird sie von der ukrainischen Öffentlichkeit wie ein fremdes, andersartiges (inorodnyj) Element wahrgenommen werden und mit ihr die russische Sprache als etwas fremdes, als der Träger und Verpflanzer (transplantator) eines andersartigen Elements.“⁷⁵ Für den Autor ist also klar, daß es „eine russisch(sprachig)e Bildung“ in der Ukraine weiterhin geben wird. Es geht ihm nur um die Art ihrer Integration in das gesamtukrainische Bildungssystem, da diese Art bestimmen wird, wie man die russische Bildung wahrnimmt. Wer aber für die Integration

⁷² S. z.B. den Gesetzesentwurf „Über Sprachen in der Ukraine“, Registrationsnummer 2235, von 13.11.1998, vorgeschlagen vom Abgeordneten S. Kiaško, herausgearbeitet von V.T. Jakovlev und V.D. Malinkovič (beide im Rus'-Vorstand) nach der Initiative der Ukrainischen Gesellschaft Russischer Kultur „Rus“.

⁷³ Savoskul, Sergej: Russkie v nezavisimoj Ukraine: Status, identičnost', perspektivy, in: Furman, D. (Hg.): Ukraina i Rossija: obščestva i gosudarstva, Moskau 1997, S. 295, 297.

⁷⁴ Für eine Diskussion der Unterschiede zwischen der kulturellen Elite und der Gesamtbevölkerung bezüglich Sprachenfragen siehe unten S. 28.

⁷⁵ Morozov, Ju. G.: Pravovye problemy russkogo obrazovanija v Ukraine v svete jazykovej politiki, in: Russkoe obrazovanie v Ukraine v kontekste mež dunarodnogo opyta (26-27 oktjabrja 1995 g.), Kiev 1996, S. 228.

der „russischen Bildung“ in das gesamte Bildungssystem der Ukraine zuständig ist, bleibt unklar. Dennoch wird eine Loyalität gegenüber der Ukraine unter der Beibehaltung bestimmter Elemente der russischen Kultur angestrebt. Dieser Ton ist typisch für die meisten Tagungsteilnehmer, die immerhin ein relativ breites Spektrum der russophonen Aktivist*innen vertreten: Die Unabhängigkeit der Ukraine wird nicht in Frage gestellt.

5.3 Das Verhältnis der russischsprachigen Elite zur Rußländischen Föderation

Obwohl von konkreter Zusammenarbeit mit Individuen bzw. Einrichtungen in Rußland kaum die Rede ist, wollen die meisten Aktivist*innen auf eine enge Verbindung mit Rußland nicht verzichten. Die Empfehlungen einer Konferenz beginnen z.B. mit dem Satz: „Die russische Kultur außerhalb der Grenzen Rußlands hat einen zweiseitigen Charakter, sie tritt als ein Teil der rußländischen Kultur und als Komponente der nationalen Kultur eines Volkes auf, das auch Russen mit einschließt.“⁷⁶ Auch im Bildungsbereich sollte die Verbindung zur „historischen Heimat“ aufrechterhalten bleiben. Die Aufgabe russischsprachiger Schulen in der Ukraine wird deswegen so definiert: „bei den Schülern die gleiche Liebe zu zwei Sprachen, Literaturen, Geschichten, Kulturen und Völkern, zu ihren zwei historischen Wurzeln - dem russischen und dem ukrainischen – zu erzeugen (vospityvat)“.⁷⁷ Ein anderer Redner betonte ebenfalls diese Gleichwertigkeit: „Für ukrainische Russen sind die Ukraine und Rußland im gleichen Maße geliebt, in ihren Herzen sind sie unzertrennlich. Und es ist nötig, alles zu tun, damit diese Liebe bei unseren Kindern erhalten bleibt.“⁷⁸

Die als gering wahrgenommene Kompromißbereitschaft der ukrainischsprachigen Seite in Sprachenfragen wird auf die Verbindung zurückgeführt, die von ihr zwischen Sprache und staatlicher Sicherheit hergestellt wird. Diese Verbindung wird jedoch von der russischsprachigen Seite abgelehnt. Auch wird das Argument der Ukrainischsprachigen, eine Verbreitung der russischen Sprache in den östlichen Gebieten sei ein Zeichen schleichenden ‚Separatismus‘, umgedreht, indem behauptet wird, daß nicht die Erweiterung, sondern die Verengung der Sphäre des Russischen separatistische Stimmen hervorrufe.⁷⁹ So sei es nicht der weitere Gebrauch der russischen Sprache, die die staatliche Sicherheit der Ukraine bedrohe, sondern eine übertriebene Ukrainisierung, die 1.) die Mitglieder anderer Nationalitäten gegen den ukrainischen Staat aufbringen und 2.) die Kommunikation zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen erschweren würde.

Insgesamt sind die Sammelbände der verschiedenen Tagungen ein Beweis dafür, daß die Unterstützung der Entwicklung der russischen Sprache und Kultur in der Ukraine nicht unbedingt mit einer feindlichen Einstellung gegenüber dem ukrainischen Staat einher geht.⁸⁰

⁷⁶ Russkoe obrazovanie v Ukraine v kontekste mež dunarodnogo opyta (26-27 oktjabrja 1995 g.), Kiev 1996, S. 232.

⁷⁷ Goloborod'ko, E. P.: Osnovnye faktory izučenija russkogo jazyka v školach Ukrainy na sovremennom etape, in: Russkoe obrazovanie v Ukraine v kontekste mež dunarodnogo opyta (26-27 oktjabrja 1995 g.), Kiev 1996, S. 32.

⁷⁸ Baulin, P. B.: Pravo škol'nika—uèit'sja na rodnom jazyke: Kak ono osušestvljaetsja v Zaporožskoj oblasti? In: Russkoe obrazovanie v Ukraine v kontekste mež dunarodnogo opyta (26-27 oktjabrja 1995 g.), Kiev 1996, S. 209.

⁷⁹ Kizima, V. V.: Status russkogo jazyka i razvitie Ukrainy, in: Dialog ukraïnskoj i russkoj kul'tur. Materialy mež dunarodnoj nauèno-.praktičeskoj konferencii (24-25 oktjabrja 1996 g.), Kiev 1997, S. 145-148.

⁸⁰ Auch wenn die Unterstützung der russischen Sprache als stellvertretend für eine pro-rußländische außenpolitische Haltung verstanden wird, muß diese Haltung nicht eine Position gegen die ukrainische Unabhängigkeit implizieren, obwohl dies von ukrainischsprachigen Eliten oft angenommen wird. S. hierzu Shulman, Steven: Competing versus Complementary Identities: Ukrainian-Russian Relations and the

Bei der ersten Tagung 1993 wurden die Rollen der Ukraine sowie der Rußländischen Föderation in der Unterstützung der russischen Kultur in der Ukraine fast gleichermaßen betont. Spätere Konferenzen zeigten eine deutliche Enttäuschung von der Bereitschaft der rußländischen Seite und eine entsprechende Verlagerung der Forderungen auf die ukrainischen Behörden.⁸¹ Diese Entwicklung ging immer mit einer Akzeptanz der ukrainischen Verfassung (ab 1996) und der Gesetze einher. Seit 1998 wird die Verantwortung auch auf die russophone Gemeinde selbst verteilt, die nicht ausreichend geschlossen agiere.⁸²

6. Die Rolle der ukrainischen Regierung im Sprachenstreit

Obwohl es sich in den vorhergehenden Abschnitten v.a. um Aussagen und Handlungen von Sprachaktivisten handelte, die nicht mit der ukrainischen Regierung verbunden sind, kamen darin auch einige Positionen der Regierung zum Ausdruck. Es soll hier daher näher auf die Regierungsebene eingegangen werden, die eine Position zwischen den ukrainisch- und russischsprachigen Gruppen einnimmt. Im allgemeinen wird die Regierung mehr von den ukrainophonen Aktivisten beeinflusst, so daß ihre Handlungen manchmal die Auffassung von der Verbindung zwischen Sprache und staatlicher Sicherheit widerspiegeln. Dennoch legt sie nicht so viel Wert auf den symbolischen Charakter der Sprache wie die ukrainischsprachigen Aktivisten und zeigt relativ viel Toleranz bzw. Gleichgültigkeit gegenüber den kulturellen Bestrebungen der russischsprachigen Kreise. Das bedeutet aber nicht, daß Mitglieder dieser Kreise in Regierungsentscheidungen bezüglich Sprachenfragen mit einbezogen wären, vielmehr wird versucht, diese Fragen zu umgehen bzw. nur gelegentlich auf konkrete Forderungen der ukrainischsprachigen Organisationen zu reagieren. Insofern hat die Regierung nichts zur Entstehung eines produktiven Dialoges zwischen den ukrainischsprachigen Aktivisten und ihren russophonen Pendanten beigetragen.

Teilweise liegt die Mittelposition der Regierung in der Tatsache begründet, daß viele Regierungsmitglieder „ursprünglich“ russischsprachig sind. Die Präsidenten Kravèuk (1991-1994) und Kuèma sind da nur die offensichtlichsten Beispiele unter vielen. Auch die meisten Minister bzw. Berater, die Kravèuk bzw. Kuèma ernannt bzw. zu Rate gezogen haben, waren aufgrund ihrer Nomenklatura-Vergangenheit bzw. ihrer ostukrainischen Herkunft eher in der russischen Sprache zu Hause. Auch während Parlamentssitzungen kann man bis zum heutigen Tag oft Russisch hören, was nicht nur toleriert, sondern gesetzlich gestattet wird. Kuèma ließ nämlich eine Passage im neuen Wahlgesetz streichen, die von den Parlamentskandidaten ukrainische Sprachkenntnisse verlangte.⁸³

Während der Amtszeit Kravèuks wurde v.a. versucht, die Anerkennung der Staatenwelt zu erlangen und die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft bzw. einzelner Staaten auf die Ukraine zu lenken. Eine vorsichtige Umsetzung des Sprachengesetzes wurde in Gang

Loyalties of Russians in Ukraine, in: Nationalities Papers 26/4, 1998, S. 615-632.

⁸¹ 1999 wurde das Verhältnis so ausgedrückt: „Alle Verpflichtungen gegenüber den Bürgern im Bereich der kulturell-sprachlichen Politik sollen unmittelbar vom Staat erfüllt werden, während Finanzierung und Hilfe anderer Länder eine lediglich supplementäre Rolle spielen sollen.“ Manifest Russkogo Soveta Ukrainy, in: Materialy I s'ezda russkich Ukrainy, Kiev 1999, S. 86.

⁸² S. Ermolova, V. I.: Problemy i sud'by russkoj kul'tury Ukrainy, in: Russkie Ukrainy: prošloe, nastojašëee, budušëee: Materialy mež dunarodnoj nauèno-praktičeskoj konferencii (27-28 fevralja 1998 goda), Teil I, Kiev 1998, S. 2-7, sowie Manifest Russkogo Soveta Ukrainy, in: Materialy I s'ezda russkich Ukrainy, Kiev 1999, S. 84-85.

⁸³ Weidemann, Joachim: Renaissance der ukrainischen Sprache: Teilweise konflikträchtige Koexistenz mit dem Russischen, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.11.1997.

gesetzt, die v.a. vom Bildungsministerium mit der Unterstützung der „Prosvita“-Gesellschaft ausging. Diese wurde erschwert durch die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten in Fällen der Nichterfüllung des Gesetzes. Die allgemeine Tendenz in Richtung Westen und weg von den zahlreichen politischen und kulturellen Verbindungen zu Rußland zog eine Betonung der Unterschiede zwischen der russischen und der ukrainischen Kultur und Geschichte nach sich, die auch sprachliche Angelegenheiten berührte. Im Gesetz über die nationalen Minderheiten in der Ukraine vom Juni 1992 wurde mit dem Recht auf eine Ausbildung in der Muttersprache sehr vorsichtig umgegangen: „Der Staat garantiert allen nationalen Minderheiten ... entweder den Gebrauch von und Unterricht in der Muttersprache oder die Lehre in der Muttersprache entweder in staatlichen Bildungsinstitutionen oder durch nationale kulturelle Gesellschaften.“⁸⁴ Da solchen Gesellschaften keine Unterstützung versprochen wurde, lief diese Klausel auf eine möglicherweise ausschließlich private Finanzierung des Lernens in der Muttersprache hinaus. Dennoch existieren viele staatliche Schulen mit einer nichtukrainischen Unterrichtssprache, unter ihnen 2970 russischsprachige Schulen.⁸⁵ Die Zahl der russischsprachigen Schulen ist allerdings rückläufig, während Schulen mit anderen Unterrichtssprachen (z.B. Krimtatarisch) teilweise zunehmen. Dazu wurde in Artikel 8 des Minderheitengesetzes eine regionale Differenzierung der Sprachpolitik ermöglicht: „In der Arbeit staatlicher Organe, gesellschaftlicher Vereine und auch Unternehmen, Institutionen und Organisationen, die sich in Orten befinden, wo die Mehrheit der Bevölkerung einer bestimmten nationalen Minderheit angehört, kann ihre Sprache neben der staatlichen ukrainischen Sprache benutzt werden.“ Eine der Hauptfunktionen dieses Gesetzes unter Kravèuk war aber, der internationalen Gemeinschaft zu zeigen, daß die Ukraine fest auf dem Weg zur Demokratie ist. In der Tat kamen von mehreren Seiten außerhalb des Landes Stellungnahmen, daß die Ukraine bezüglich nationaler Minderheiten alle internationalen Forderungen erfülle. Dennoch blieb der Stellenwert des Gesetzes in der ukrainischen Gesellschaft relativ gering. Auch heute setzt man sich viel häufiger mit den Vorschriften des Sprachengesetzes auseinander als mit denen des Gesetzes über nationale Minderheiten, obwohl auch das Sprachengesetz nicht systematisch umgesetzt wird.

Leonid Kuèma sorgte für größere Aufmerksamkeit bezüglich Sprachenfragen, indem er die Aufwertung des Status des Russischen zur „offiziellen“ Sprache während seines Präsidentschaftswahlkampfes ausdrücklich befürwortete. Diese Haltung, zusammen mit einer Reihe von prorußländischen Aussagen, brachte ihm viele Stimmen im Osten und Süden des Landes ein, und seine Anhänger waren entsprechend enttäuscht, als klar wurde, daß Kuèma nicht beabsichtigte, dieses Versprechen einzuhalten. In den ersten Jahren seiner Amtszeit entstand ein informelles Bündnis mit der Ruch-Partei, und es war teilweise Kuèmas Abhängigkeit von Ruchs Unterstützung im Parlament bzw. in der Regierung, die dazu führte, daß er die Sprachenfrage fallenließ. Weit davon entfernt, das Russische aufzuwerten, ging Kuèma eher in Richtung einer vorsichtigen Unterstützung der ukrainischen Sprache. U.a. durch eine solche Politik konnte er sich Ruch-Stimmen z.B. bei Wirtschaftsentscheidungen im Parlament sichern. Ein Beispiel für diese Richtung ist die Bildung eines „Sprachrates“, der die Umsetzung des Sprachengesetzes überwachen und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Sprachpolitik liefern soll.⁸⁶ Die Besetzung des Sprachrates macht deutlich, daß die ukrainischsprachigen Aktivisten darin das letzte Wort haben. Der Beitritt zu verschiedenen

⁸⁴ Den Text des Gesetzes findet man in Holos Ukrajinny, 16.7.1992, S. 2.

⁸⁵ Rudnichenko, Natalia: Ukrainians' Shame To Speak Their Language Is A Shame, in: The Ukraine List (UKL) #64, compiled by Dominique Arel, 14 November 1999, originally in: Kyiv Post, 4 November 1999.

⁸⁶ Ukaz Presidenta Ukrajinny „Pro Radu z pytan' movnoj polityky“, 24.2.1997, http://alpha.rada.kiev.ua/laws/pravo/all/1997/uk/u0164_97.htm.

internationalen Abkommen, die z.B. für die Mitgliedschaft im Europarat notwendig waren, bietet den nationalen Minderheiten, die Russen inbegriffen, mehr Möglichkeiten als daß er die ukrainischsprachige Ausrichtung untermauert. Dennoch beginnen erst jetzt Konsequenzen dieser Abkommen wahrgenommen zu werden, sowohl von den Gesetzgebern als auch von den Minderheitenvertretern, wie die neuere Diskussion um die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen zeigt.⁸⁷ Diese wurde am 24. Dezember 1999 vom ukrainischen Parlament ratifiziert.

Unter Kravèuk wurde somit die rechtliche Grundlage für die Behandlung der Sprachenfragen geschaffen und eine vorsichtige Ukrainisierung begonnen, die sein Nachfolger Kuèma fortgesetzt hat. Diese konzentriert sich v.a. auf den Bildungssektor und teilweise auch auf den Bereich der Verwaltung. Dennoch ist diese Politik eher ein Versuch, niemanden zu verprellen (weder die ukrainophonen Aktivisten noch die russischsprachige Bevölkerung) als ein logisches und durchsichtiges Programm. Mit der Teilung der Ruch und den neuen Kräfteverhältnissen im Parlament, die sich auch nach der Bildung einer Regierung unter Premierminister Jušèenko noch nicht geklärt haben, wird deutlich, inwiefern Kuèma nach wie vor auf die Unterstützung der rechts und rechtszentristischen Parteien angewiesen ist. Eine Stärkung der russophonen Elite durch die von ihr geforderte Einigung der eigenen Kräfte könnte ihr eventuell mehr Einfluß in Regierungskreisen verschaffen. Dennoch deuten die meisten Zeichen eher auf eine Fortsetzung der bisherigen undurchsichtigen Sprachpolitik hin.

7. Die Bedeutung der Sprachenfrage im gesellschaftlichen Kontext

Durch das oben Angeführte ist klar geworden, daß die Diskurse der ukrainischsprachigen und russophonen Eliten unterschiedliche Aspekte des Sprachgebrauchs hervorheben. Während erstere den Sprachbereich insbesondere mit der staatlichen Sicherheit der Ukraine verknüpfen, betonen letztere interne kulturelle und teilweise auch politische Fragen, die in die Sphäre der kulturellen Sicherheit fallen. Durch diese unterschiedliche Akzentsetzung kommt weder ein richtiger Dialog zwischen beiden Seiten zustande, noch ist es klar, ob ein solcher Dialog überhaupt erwünscht ist. Obwohl die Regierung in der Sprachendebatte eine Mittelposition einnimmt, ist es ihr weder gelungen, als Vermittler zwischen den beiden Seiten zu fungieren, noch hat sie dies ernsthaft versucht. In einer Situation, in der Emotionen eine große Rolle spielen und der Dialog blockiert wird, stellt sich die Frage: wieso entwickelt sich dieser Streit nicht zu einem Konflikt, der einen Großteil der Gesellschaft umfaßt?

Um dies zu erklären, muß man die Einstellungen auf der Massenebene beurteilen und die Entwicklungen auf der Eliten- und der Massenebene vergleichen. Die bisherige Analyse ging nur auf die Eliten im kulturellen und politischen Bereich ein. Es muß jedoch gleichzeitig betont werden, daß auch diese Eliten alles andere als eine homogen sind. Betrachtet man z.B. die ukrainischen Parlamentsabgeordneten, unterstützten in der vorigen Legislaturperiode etwa ein Drittel (152 von 450) die Aufwertung der russischen Sprache, während fast die gleiche Anzahl (170) gegen einen solchen Schritt protestierte.⁸⁸ Diese Spaltung der Elite bezüglich

⁸⁷ S. Popesku, I.V.: Prava nacional'nych menšyn u èynnomu zakonodavstvi ta v miž narodnych zobov'jazannjach Ukrajinu, S. 80-84 und Tovt, M.M.: Evropejs'ka chartija rehional'nych mov abo mov menšyn jak zasib rišennja movnych problem v Ukrajinu, S. 177-181, beide in: Dialog ukrainiskoj i russkoj kul'tur v Ukraine, Kiev 1999.

⁸⁸ Šapovalov, Ivan/Alekseev, Vladimir: Demokratièeskij vzgljad na russkij jazyk i ukrainskoe gosudarstvo, in: Golos Ukrainy, 27.7.1995, S. 9. Die anderen Abgeordneten äußerten sich vermutlich nicht zur Sprachenfrage.

Sprachenfragen wird von einigen Autoren als Grund dafür angeführt, daß die Sprachenproblematik bisher keine größere Konflikträchtigkeit erreicht hat.⁸⁹

Die Umfragedaten zu den Einstellungen breiter Bevölkerungsschichten sind teilweise widersprüchlich. Dies liegt sicherlich z.T. daran, daß in der unabhängigen Ukraine eine ganze Reihe von Umfragemethoden angewandt werden, von denen viele unzuverlässig sind bzw. falsch verwendet werden. Die nationalistisch eingestellte Zeitung *Veèirnij Kyjiv* zitiert eine Umfrage, nach der 49 Prozent der Befragten für die Beibehaltung *einer* Staatssprache (Ukrainisch) sind und 32 Prozent diese Frage regionsabhängig machen wollten, während 19 Prozent der Umfrageteilnehmer kein Interesse an der Frage zeigten. Eine weitere Umfrage ergab, daß nur 15 Prozent die Einführung des Russischen als zweite Staatssprache unterstützten.⁹⁰ Auf der anderen Seite existieren Umfragen, die eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung für die Forderungen der russischsprachigen Aktivisten belegen. Laut einer Erhebung, die vom Kiever Internationalen Institut für Soziologie und dem Lehrstuhl für Soziologie der Kievo-Mohyljans'ka Akademie Ende 1996 durchgeführt wurde, wollten 75 Prozent der Respondenten eine Aufwertung der russischen Sprache (40 Prozent auf gesamtukrainischer Ebene, 35 Prozent nur in bestimmten Regionen).⁹¹

Insbesondere aus den östlichen Regionen, v.a. dem Donbas, kommt Unterstützung für eine Aufwertung des Russischen. Zusammen mit den Parlamentswahlen im März 1994 wurde ein Referendum in Donec'k und Luhans'k durchgeführt, wobei 87 Prozent der Wähler in Donec'k und 90 Prozent in Luhans'k die Einführung des Russischen als zweite Staatssprache befürworteten. Etwa dieselbe Zahl stimmte für den Gebrauch des Russischen als Sprache „der Arbeit, Verwaltung, Dokumentation, Bildung und Wissenschaft“ gleichberechtigt mit Ukrainisch im Donbas.⁹² Die ukrainische Regierung hat das Referendum als verfassungswidrig erklärt, dennoch zeigen seine Ergebnisse, daß die Bevölkerung des Donbas sowohl einen regionalen als auch einen gesamtstaatlichen Zugang bezüglich einer Änderung des Status' der russischen Sprache unterstützt.

Gerade in diesen Fragen zeigt sich ein Unterschied zwischen russischen und ukrainischen Befragten. Während 1992 66 Prozent der Ukrainer meinten, daß Ukrainisch die Hauptunterrichtssprache sein solle, waren nur 33 Prozent der befragten Russen damit einverstanden, und knapp die Hälfte der Russen verneinten dies.⁹³ In Kiev trat dieser Unterschied noch deutlicher zutage: 94 Prozent der befragten Russen in der Hauptstadt sprachen sich für die Aufwertung der russischen Sprache zur zweiten Staatssprache aus, während eine große Mehrheit der Ukrainer dies ablehnten.⁹⁴

⁸⁹ Jackson, Louise: Identity, Language, and Transformation in Eastern Ukraine: A Case Study of Zaporizhzhia, in: Kuzio, Taras (Hg.): Contemporary Ukraine: Dynamics of Post-Soviet Transformation, Armonk/London 1998, S. 110 S. auch Peter, Rolf: Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan. FKKS-Studie Nr. 20, Mannheim 1999. Hier werden die komplizierten Verflechtungen innerhalb der Elite und ihre Folgen u.a. im Sprachenbereich am Beispiel Kasachstans überzeugend dargestellt Diese Studie lieferte den Impuls für die kurze Untersuchung der Unterschiede zwischen Elite und Masse, die in meinem Aufsatz unternommen wird.

⁹⁰ Kuzio, Taras: Ukraine: State and nation building, S. 185 (s. Fußnote 4).

⁹¹ Den', 9.9.1997.

⁹² Arel, Language Politics in Independent Ukraine..., S. 616 (s. Fußnote 4).

⁹³ Martyniuk, Jaroslaw: Attitudes toward Language in Ukraine, in: RFE/RL Research Report, 18.9.1992; vgl. auch Solchanyk: The Politics of Language..., S. 4 (s. Fußnote 4).

⁹⁴ Solchanyk: The Politics of Language..., S. 4 (s. Fußnote 4).

Allerdings muß man diese Ergebnisse in Verbindung mit anderen Umfragen sehen, um die Prioritäten der Bevölkerung festzustellen. Wenn der Grad der Erfüllung verschiedener gesellschaftlicher Bedürfnisse erfragt wurde, waren die größten unerfüllten Bedürfnisse diejenigen nach „staatlicher Verteidigung gegen eine Verschlechterung des Lebensstandards“; „ökologischer Sicherheit“, „Verteidigung gegen Verbrechen“, „Stabilität im Land und in der Gesellschaft“, „Sicherheit, daß die Situation im Lande sich verbessern wird“ und „Politiker, die den Staat führen können“. 1997 vermißten zwischen 68 Prozent und 85 Prozent der Befragten die Sicherstellung dieser Kategorien. Die Daten zu den interethnischen Beziehungen, die häufig eine Verflechtung mit Sprachenfragen aufweisen, waren etwas widersprüchlich. An achter Stelle wurde „die Sicherheit, daß es keine interethnischen Konflikte geben wird“ genannt; die 1997 knapp der Hälfte der Bevölkerung (49,2 Prozent) für nicht gegeben ansah. Dennoch meinten weniger als ein Drittel der Befragten (31,3 Prozent), daß das Verständnis zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten fehle. Ungenügende Kenntnisse der ukrainischen Sprache besaßen nach eigener Einschätzung nur 11,5 Prozent der Befragten.⁹⁵ Dies besagt nicht unbedingt ein hohes Unterstützungsniveau für die Aufwertung der russischen Sprache. Es ist auch möglich, daß viele Menschen eine solche Unterstützung zwar verbal verkünden, aber zu Taten nicht bereit sind, da sie mit ihren Ukrainischkenntnissen im täglichen Leben gut zurechtkommen. Nur 9 Prozent der Befragten einer anderen Studie hatten Diskriminierungen von Ukrainern bzw. Russen im vergangenen Jahr (1995-1996) erlebt.⁹⁶ Dies kann auch als ein Zeichen dafür gewertet werden, daß die Sprachenfrage sich im Alltag nicht derart akut stellt, als daß sie zu einer wahrnehmbaren Beeinträchtigung der Lebensweise führen würde.

Betrachtet man die Umfragen insgesamt, so wird klar, daß, obwohl die Unterstützung für Russisch als zweite Staatssprache im Osten hoch ist, Sprachenfragen einen relativ niedrigen Platz unter den gesellschaftlichen Problemen einnehmen. Dies macht deutlich, weshalb die Sprachendebatte bislang unterschwellig geblieben ist und hauptsächlich auf der Elitenebene ausgetragen wird. Es scheint sich um eine ausschließlich verbale Unterstützung zu handeln und nicht um eine Frage, für die sich wesentliche Teile der Bevölkerung mobilisieren ließen. Darüber hinaus fällt auf, daß von den Eliten insbesondere SchriftstellerInnen, JournalistInnen und LehrerInnen einen Großteil der Sprachaktivisten auf beiden Seiten stellen. Es sind v.a. diese Gruppen, die teilweise „von der Sprache leben“ und die deshalb nicht nur in einer besonderen Verbindung zu ihr stehen, sondern die auch materiell, für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts, von der Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Bedeutung der jeweiligen Sprache abhängen.

Betrachtet man die Umfrageergebnisse in Verbindung mit der niedrigen Popularität des Wahlblocks "SLON", der die Aufwertung des Russischen als zentrale programmatische Forderung hatte, wird relativ klar, daß in absehbarer Zukunft keine Massenproteste in bezug auf Sprachenfragen zu erwarten sind, vorausgesetzt, die gegenwärtige ukrainischen Sprachpolitik wird fortgesetzt. Die Gründe für die Diskrepanz zwischen den Einstellungen der intellektuellen Elite und einem Großteil der Bevölkerung sind verschieden. Erstens haben die kleinen Eliten, deren berufliche Tätigkeiten eng mit der Sprache verbunden sind, die materiellen Folgen einer Veränderung der Sprachenlage eher unmittelbar erlebt als die Massen. Zweitens sichert die sprachliche Nähe des Ukrainischen zum Russischen in fast allen Fällen ein gegenseitiges Verständnis auf der alltäglichen kommunikativen Ebene. Drittens,

⁹⁵ Panina, N., Golovakha, E.: *Tendencies in the Development of Ukrainian Society (1994-1998): Sociological Indicators*, Kiev 1998, S. 105.

⁹⁶ *Polityènyj portret Ukraïny* 17/1996, S. 81.

während die Eliten aus verschiedenen Regionen in Kiev oft aufeinander treffen, ist die Mobilität der breiten Massen wesentlich geringer. Da die sprachliche Praxis in den verschiedenen Regionen unterschiedlich ist, können sowohl die Russischsprachigen im Osten und Süden als auch die Ukrainischsprachigen in der Westukraine und in ländlichen Gegenden mit ihrer persönlichen Situation im wesentlichen zufrieden sein.

8. Schlußwort

Das Heranziehen von Ansätzen aus der neueren Sicherheitsforschung hat geholfen, einige Aspekte der Sprachenfrage in der Ukraine hervorzuheben. Erstens konnten zwei verschiedene Diskursstränge (zur nationalen bzw. kulturellen Sicherheit) unterschieden und dadurch, zweitens, ein besseres Verständnis für den schwierigen Charakter des Dialoges über Sprachenfragen gewonnen werden. Insofern wirken die Ergebnisse der vorliegenden Studie als Argument gegen den Standpunkt, daß die Ausdehnung des Sicherheitsbereichs auf zusätzliche Komponenten nicht nützlich und sogar gefährlich sei.⁹⁷

Wenn die ukrainischsprachigen Aktivisten die Bedeutung der Sprache für die staatliche Sicherheit, die russischsprachigen hingegen für ihre kulturelle Sicherheit betonen, handelt es sich nicht nur um verschiedene Sprachfunktionen, sondern auch um gegensätzliche Wahrnehmungen der Situation. Obwohl man in russischen Quellen oft auf Ausdrücke stößt wie „aktive Ukrainisierung“, „staatlicher Protektionismus der ukrainischen Sprache“ usw., werden solche Erscheinungen in ukrainischsprachigen Quellen geleugnet und der Staat sogar als eine Institution gesehen, die Russisch fördert. Hier geht es einerseits um tatsächlich widersprüchliche Ereignisse, wie z.B. den zunehmenden Einfluß der ukrainischen Sprache in Rundfunk und Fernsehen und ihr gleichzeitiger Rückgang im Bereich der Printmedien. Andererseits hängt es aber auch mit dem unterschiedlichen „Soll-Zustand“ der zwei Seiten zusammen. Während die Ukrainischsprachigen ein Ideal anstreben, nach dem die russische Sprache in vielen Bereichen an Einfluß verliert, denken die Russischsprachigen an eine Beibehaltung des Status quo oder sogar an eine Rückkehr zu einem früheren Zustand, unter dem sie z.B. einen besseren Zugang zu rußländischem Fernsehen und Presse hatten. Jede(r) beurteilt die gegenwärtige Entwicklung im Hinblick auf ihren (seinen) Idealzustand und mißt sie daran. Bei einer solchen Vorgehensweise kommen die Ukrainischsprachigen zu dem Schluß, daß zu wenig getan wird, um die ukrainische Sprache zu schützen, während die Russischsprachigen behaupten, daß zu intensiv oder wenigstens zu schnell gehandelt wird.

Eine kurze Analyse der Präsenz dieser zwei Stränge in der Sprachpolitik der ukrainischen Regierung zeigte, daß es der Regierung nicht gelungen ist, konstruktiv zum Erreichen eines Konsens zwischen den verschiedenen Positionen beizutragen. Dennoch hat sie für keine Seite deutlich Partei ergriffen. Vielmehr hat die Regierung versucht, das Problem zu ignorieren und erst dann Elemente des staatlichen Sicherheitsdiskurses aufgegriffen, als sie sich davon einen politischen Gewinn versprach bzw. solche Fragen politisch nicht mehr beiseite schieben konnte. Diese partielle Berücksichtigung des Sprachendiskurses seitens der Regierung gelang nur den ukrainophonen Kräften wegen ihres relativen politischen Gewichtes und einer systematischen Betonung der Sprachenfrage, während die russischsprachigen Organisationen es nicht geschafft haben, auf der politischen Bühne eine gewichtigere Rolle zu spielen, obwohl sie regional einige Erfolge verzeichnen konnten.

⁹⁷ Stellvertretend hierfür s. Müller, Harald: „Das Leben selbst ist lebensgefährlich“: Kritische Anmerkungen zum „erweiterten Sicherheitsbegriff“. HSFK-Standpunkte Nr. 4, September 1997.

Die verschiedene Betonung des ukrainophonen bzw. russophonen Diskurses verhindert die Entwicklung eines konstruktiven Dialogs, weil sie unterschiedliche Ziele impliziert. Des Weiteren geht der ukrainophone Diskurs von Annahmen aus, die dem russophonen Diskurs von vornherein einen gefährlichen Charakter zuschreiben. Gemeinsam ist beiden Gruppen, daß sie die Hauptverantwortung für die Entwicklung im Sprachenbereich beim Staat sehen. Dennoch findet man auf beiden Seiten gesellschaftliche Aktivitäten, die die Ziele der jeweiligen Eliten unterstützen, was als Beweis einer entstehenden Zivilgesellschaft gewertet werden kann, die auch in vielen anderen Bereichen in der Ukraine bereits (wenn auch erst zarte) Wurzeln geschlagen hat. Die ukrainischsprachigen Aktivisten haben in dieser Hinsicht mehr unternommen und sind systematischer vorgegangen, aber auch bei den Russischsprachigen sind Rufe laut geworden, in diesem Bereich organisierter und geschlossener zu agieren. Ein konstruktiver Dialog zwischen den beiden Lagern wäre ein zusätzlicher Beweis der sich mühsam entwickelnden Demokratie in der Ukraine, die mit vielen Hindernissen des sowjetischen Erbes sowie der neuen Bedingungen der Unabhängigkeit zu kämpfen hat.

Allerdings scheint es nach der Analyse von Umfrageergebnissen eher unwahrscheinlich, daß es den jeweiligen Aktivisten gelingen kann, eine Massenbasis für ihre Anliegen zu schaffen. Umfrageergebnisse zeigen, daß der vereitelte Dialog auf der Elitenebene nur wenige Konsequenzen für die Entwicklung der gesellschaftlichen Ebene hat. Die Sorgen der breiten Bevölkerungsschichten sind sowohl vom staatlichen als auch vom kulturellen Sicherheitsmodell unabhängig. Obwohl die Unterstützung für eine Aufwertung der russischen Sprache in den östlichen und südlichen Regionen z.T. sehr hoch ist, beschäftigen die meisten Leute andere Sorgen, wie z.B. eine steigende Kriminalitätsrate und die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage. Andere Faktoren mildern zusätzlich die Bereitschaft, sich auf der Basis von Sprachenfragen zu mobilisieren. Durch die sprachliche Nähe des Ukrainischen zum Russischen wird der (immerhin sanfte) Übergang nicht als so schmerzhaft verspürt, wie dies in manchen anderen post-sowjetischen Staaten der Fall ist. Außerdem haben die Bewohner des Ostens und Südens de facto eine viel breitere Sphäre für Russisch als dies in der Westukraine der Fall ist, obwohl de jure die Lage einheitlich geregelt ist. Während also wenig auf einen schnellen Kompromiß zwischen den beiden kleinen Eliten, die sich mit Sprachenfragen beschäftigen, hindeutet, wird die gesellschaftliche Reaktion auf die sprachliche Lage in der Ukraine vermutlich weiterhin mild ausfallen. Die Wiederwahl von Präsident Kučma bestätigt diese Prognose insofern, als sie eine radikale Änderung der bisherigen Sprachpolitik unwahrscheinlich macht. Dennoch deutet die Wahl von Viktor Jušenko zum Premierminister im Zusammenhang mit einigen Zeichen von Bewegung in der Sprachenfrage in jüngster Zeit auf eine mögliche vorsichtige Beschleunigung der Ukrainisierungsmaßnahmen hin.⁹⁸ Inwiefern sich diese durchsetzen wird hängt sowohl von den Aktivitäten der ukraino- und russophonen Intelligencia in der Ukraine ab als auch von der Reaktion der Rußländischen Föderation.

⁹⁸ RFE/RL Poland, Belarus, and Ukraine Report 2/7, 15 Februar 2000, Internet-Version (www.rferl.org/pbureport/2000/02/07-150200.html)

Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), LIT Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-89473-831-6
- Band 2 Manfred Sapper Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, LIT Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-x
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, LIT Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-x
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-x
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, LIT Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, LIT Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, LIT Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt-New York 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- FKKS 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- FKKS 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- FKKS 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- FKKS 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- FKKS 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- FKKS 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- FKKS 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- FKKS 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- FKKS 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- FKKS 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- FKKS 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- FKKS 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- FKKS 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- FKKS 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- FKKS 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- FKKS 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- FKKS 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- FKKS 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- FKKS 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- FKKS 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- FKKS 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- FKKS 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- FKKS 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- FKKS 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- FKKS 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- FKKS 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine